

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 06.12.–12.12.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse.....	10
Meinung.....	26

News

"1,3 Milliarden Menschen in Europa" – dpa vertuscht Baerbock-Panne

<https://dert.site/inland/228556-13-milliarden-menschen-in-europa/>

06.12.2024

In Europa leben 1,3 Milliarden Menschen. Das sagte Annalena Baerbock laut Medienberichten vom Donnerstag. Kurz darauf wurden diese Berichte still und leise korrigiert. Hinter diesem Vorgang steckt die dpa, die den Fauxpas der Ministerin offenbar vertuschen sollte.

Die Nachrichtenagentur *dpa* hat am Donnerstagnachmittag eine fehlerhafte Aussage der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock korrigiert, die diese zuvor beim Treffen der OSZE-Außenminister in Malta getätigt hatte. Video- oder Audioaufnahmen dieser Aussage sind nicht bekannt.

In der ersten Aussendung der Agentur, die um 13:38 Uhr erschien, hieß es:

"Außenministerin Annalena Baerbock hat Russlands Chefdiplomaten Sergei Lawrow 'unerträglicher Lügen' zum Ukraine-Krieg bezichtigt. 'Sie können sich selbst etwas vormachen, aber uns, den 1,3 Milliarden Menschen in Europa, können Sie nichts vormachen', sagte die Grünen-Politikerin beim Ministertreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf Malta direkt an Lawrow gerichtet."

Diese Aussendung erschien wie üblich unverändert auf zahlreichen Nachrichtenseiten. Große Medien wie *ZDF* und *Welt* nutzten sie für ihre Artikel. Weil Europa deutlich weniger Einwohner hat als 1,3 Milliarden, verbreitete sich in den sozialen Medien schnell Spott über Baerbock. Auch "Der tägliche Wahnsinn" von *RT DE* griff das Thema um 16:10 Uhr auf.

Wenige Minuten später, um 16:19, erschien eine neue *dpa*-Aussendung mit dem Hinweis "KORREKTUR/Baerbock". Darin heißt es:

"Außenministerin Annalena Baerbock hat Russlands Chefdiplomaten Sergei Lawrow 'unerträglicher Lügen' zum Ukraine-Krieg bezichtigt. 'Sie können sich selbst etwas vormachen, aber uns, den 1,3 Milliarden Menschen in der OSZE-Region, können Sie nichts vormachen', sagte die Grünen-Politikerin beim Ministertreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf Malta direkt an Lawrow gerichtet."

Die Aussage, dass in den OSZE-Staaten etwa 1,3 Milliarden Menschen leben, ist zutreffend. Die Frage ist, ob Baerbock das so gesagt hat. Wahrscheinlicher ist, dass die *dpa* der Ministerin in den Mund legte, was sie womöglich sagen wollte, um ihren "Baerbock" so vor der Öffentlichkeit zu verbergen. *Welt*, *ZDF* und andere Medien korrigierten ihre Artikel, ohne diese Änderungen kenntlich zu machen. Der entsprechende Artikel der *Berliner Zeitung* blieb unverändert.

* * *

Protestaktion gegen Bundeswehr-Unterricht in einer Leipziger Schule – und was daraus wurde

<https://dert.site/inland/228645-protestaktion-gegen-bundeswehr-unterricht-in/>

07.12.2024

Im Oktober haben mehrere Schüler in Leipzig gegen einen Besuch der Jungoffiziere der Bundeswehr protestiert. Ihrem Anführer wurde ein Schulverweis angedroht. Antikriegsaktivisten haben dagegen eine Online-Petition gestartet.

Es geschah an der Humboldtschule im Stadtteil Reudnitz-Thonberg in Leipzig im Oktober: Obwohl der Protest auf dem Schulhof nur wenige Minuten dauerte, könnte er für die Beteiligte nun ernste Konsequenzen nach sich ziehen. Vier Schüler legten sich bei der Aktion auf den Boden und stellten sich tot, während ein 16-jähriger Mitschüler mit einem Megaphon in der Hand eine Rede hielt. Als klar wurde, worum es in der Rede ging, kam eine Lehrkraft, entriss dem Schüler das Megaphon und drohte ihm mit einem Schulverweis. Die Rede des Schülers hat das Webportal *wsws.org* dokumentiert:

"Habt ihr Lust an die Ostfront zu ziehen? Und da für Deutschland zu sterben? Ich für meinen Teil habe da keinen Bock drauf. Ich habe keinen Bock darauf, mit 18 in irgendeinem Schützengraben zu liegen und mich zu fragen: Komme ich hier mit meinem Leben raus oder ist es nur ein Bein und meine Menschlichkeit, die ich verliere?"

Protestiert hatte die Gruppe, zwei Tage bevor auf Initiative der Schulleitung ein Projektunterricht mit Bundeswehr-Offizieren an der Schule stattfinden sollte – um den Schülern den Krieg "schmackhaft zu machen". Die Schüler glaubten jedoch nicht, dass es wirklich um "Frieden" und den "Schutz Deutschlands" geht. Sie hinterfragen:

"Um wessen Interessen geht es, wenn mit deutschen Waffen in Palästina und Kurdistan gemordet wird? Über wessen Freiheit reden wir, wenn Kriegsflugzeuge den Pazifik überqueren?"

Daraufhin erschien die Lehrerin und beendete das Geschehen. Die Schulleitung bezeichnet die Protestaktion als "massive Störung des Schulfriedens". Wie die *Leipziger Volkszeitung*, die einen betroffenen Schüler interviewt hat, am Mittwoch berichtete, seien diesem direkt nach dem Protest "Ordnungsmaßnahmen" angedroht worden. In der folgenden Schulstunde habe seine Lehrerin den Vorfall erneut thematisiert. Anschließend fand ein Gespräch mit der Schulleitung statt: Er habe den Schulfrieden gestört, lautet der Vorwurf.

Das Landesamt für Schule und Bildung stellte sich hinter die Schulleitung und behauptete, die Schüler hätten mit ihrer Protestaktion die "erfolgreiche Unterrichts- und Erziehungsarbeit" beeinträchtigt. Daher sei der Schule der Griff zu Ordnungsmaßnahmen erlaubt.

Nun formiert sich eine Online-Petition gegen die Androhung des Schulverweises, die von der Gruppe Internationale Jugend Leipzig initiiert wurde. Es sind schon über 3.600 Unterschriften gesammelt. Darin heißt es: "Die Schule ist kein Platz, um Werbung dafür zu machen, dass Jugendliche an der Front für deutsche Profitinteressen sterben."

Laut *wsws.org* opponieren die Schüler auch in anderen Bundesländern gegen das Auftreten der Bundeswehr an ihren Schulen. Mit der wachsenden Präsenz junger Bundeswehr-Offiziere in den Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen werde die Militarisierung in Deutschland immer offensichtlicher. "Um den Jugendlichen eine Arbeit und einen Dienst bei der Bundeswehr schmackhaft zu machen, sollen ihre Vorbehalte gegen das Militär und den Krieg untergraben werden", kritisiert das sozialistische Portal.

Die Bundeswehr befindet sich in der Tat auf großer Werbetour. Einberufungsplakate auf den Straßen, Bundeswehr-Dokus im Fernsehen, Jungoffiziere in Schulen und auf TikTok (*RT DE* berichtete). Die Bundeswehr selbst präsentiert dazu stolze Zahlen. Im vergangenen Jahr sollen 121.965 Schüler und Studenten sowie 36.184 Multiplikatoren an den Veranstaltungen mit Jungoffizieren teilgenommen haben. "Im Jahr 2023 wurden 158.149 Teilnehmende erreicht, was einem Zuwachs von 5,4 % gegenüber dem Vorjahr entspricht", teilt das Militär mit. Es stellt eine für sich positive Tendenz fest:

"Generell war festzustellen, dass sich die zumeist positive Grundstimmung der Teilnehmenden gegenüber der Bundeswehr seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine und in 2023 mit der öffentlichen Diskussion um die Zeitenwende, die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr sowie die wahrgenommene Bedrohung Deutschlands nochmals gesteigert hat".

* * *

Islamisten übernehmen die Kontrolle über Damaskus – Präsident Assad auf der Flucht

<https://dert.site/der-nahe-osten/228756-islamisten-uebernehmen-kontrolle-ueber-damaskus/>

08.12.2024

Die Terroristen um die Gruppe Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) haben nach eigenen Angaben die Hauptstadt Damaskus erobert und damit den Sturz der Regierung al-Assad eingeleitet. Der syrische Präsident soll geflohen sein, sein Aufenthaltsort ist unbekannt.

In den frühen Morgenstunden des 8. Dezember haben die terroristischen Kämpfer der islamistischen Gruppierung Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) laut ersten Agenturmeldungen die syrische Hauptstadt Damaskus erreicht und übernommen. Sie erklärten die Stadt für "frei" von der

Regierung von Präsident Bashar Assad und behaupteten, er habe die Hauptstadt verlassen.

Am späten Samstag hatten die Dschihadisten bekannt gegeben, dass sie nach nur einem Tag Kampf die Kontrolle über die Schlüsselstadt Homs erlangt hatten, während sich die syrischen Streitkräfte mittlerweile vollständig aus dem Gebiet zurückgezogen hatten. Zudem wurden mehrere Städte im Westen Syriens eingenommen, darunter al-Qusayr nahe der Grenze zum Libanon.

Syriens Präsident Baschar al-Assad gelang nach der dynamischen Entwicklung laut Meldungen noch die Flucht mit einem Flugzeug. Demnach hätten zwei hochrangige Armeeoffiziere bestätigt, dass Assad und seine Familie die Hauptstadt Damaskus verlassen haben.

Er habe "ein Flugzeug bestiegen und ein unbekanntes Ziel angesteuert", so Agenturmeldungen.

Bewaffnete Gruppen gaben laut der Agentur *Al Mayadeen* bekannt, dass sie in Stadtteile der Hauptstadt eingedrungen waren und den Zugang zu Regierungseinrichtungen eingeschränkt haben, wie zuvor bereits *Reuters* am frühen Sonntag mitteilte.

Zwei Quellen innerhalb dieser Gruppen erklärten, es gebe keine Anzeichen für einen Einsatz der syrischen Armee in der Stadt.

Der syrische Premierminister Mohammad al-Jalali hatte im Rahmen der Entwicklungen zuvor bereits seine Zusammenarbeit "mit jeder vom Volk gewählten Führung" angeboten und erklärt, er werde die Hauptstadt nicht verlassen. Er betonte, dass er seine Heimat erst dann verlassen werde, wenn ein "friedlicher Übergang" erreicht sei, bei dem er die Sicherheit der syrischen öffentlichen Einrichtungen und deren weitere Arbeit garantieren könne.

Das Kommando der syrischen Armee hat die Regierungssoldaten mittlerweile laut Meldungen außer Dienst gestellt. Das erfuhr die Agentur *dpa* aus syrischen Militärkreisen.

Die HTS, die von einem ehemaligen Al-Qaida-Kommandeur angeführt wird und früher unter dem Namen Jabhat al-Nusra bekannt war, hat erst letzte Woche eine Überraschungsoffensive in der von der Opposition kontrollierten Provinz Idlib im Norden Syriens gestartet.

Die Dschihadisten hatten dabei die syrische Armee bereits aus den Städten Aleppo, Hama und zuletzt Homs vertrieben.

Mazloum Abdi, der Oberbefehlshaber der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), teilte laut *Al Jazeera* mit, Syrien erlebe einen "historischen Moment" und den Sturz eines "autoritären Regimes".

"Dieser Wandel ist eine Chance, ein neues Syrien auf der Grundlage von Demokratie und Gerechtigkeit aufzubauen, das die Rechte aller Syrer garantiert", schrieb der Kommandeur der kurdisch geführten und von den USA unterstützten Truppe in einem Beitrag auf X.

Kurz nachdem Israel angekündigt hatte, seine militärische Präsenz auf syrischem Boden als Reaktion auf die islamistische Offensive zu verstärken, haben israelische Panzer Berichten zufolge zum ersten Mal seit 1974 in der Nacht den Grenzzaun zu Syrien überschritten.

Seit dem 27. November war der Bürgerkrieg in Syrien, der im Jahr 2011 begonnen hatte, mit der Offensive der Islamisten-Gruppierung Haiat Tahrir al-Scham (HTS) erneut wieder aufgeflammt. Innerhalb kurzer Zeit übernahmen die Terroristen final die militärische Oberhand im Land und beendeten nun die Ära Assad.

* * *

Merz in Kiew: CDU-Abgeordneter bekräftigt Taurus-Ultimatum an Putin

<https://dert.site/europa/228859-merz-in-kiew-cdu-abgeordneter/>

09.12.2024

Friedrich Merz ist in Kiew. In seiner Begleitung reist der CDU-Abgeordnete Johann Wadepful. Dieser hat am Morgen in einem Interview das Taurus-Ultimatum seines Chefs an Russland bekräftigt. Der Politiker erklärte auch dass Mittel für die Bundeswehr und für Kiew "absolute Priorität" hätten.

Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz ist am Montagmorgen zu einem "Solidaritätsbesuch" in der Ukraine eingetroffen. Der CDU-Chef kam am Morgen in Kiew an. Erst vor einer Woche hatte Bundeskanzler Olaf Scholz die Ukraine besucht. Der Termin von Merz' Reise war aus "Sicherheitsgründen" zunächst geheim gehalten worden.

Begleitet wird der frühere Aufsichtsratsvorsitzende von Blackrock Deutschland unter anderem von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Johann Wadepful. In einem Interview mit dem Springermedium *Politico* bekräftigte Wadepful mit einigem Herumeiern Merzens "Ultimatum" an Wladimir Putin, Taurus-Marschflugkörper an die Regierung in Kiew zu liefern, falls Russland weiterhin Infrastruktur in der Ukraine angreife.

Merz, so Wadepful, fahre in die Ukraine:

"Um klar zu zeigen, dass Deutschland an der Seite der Ukraine steht, auch wenn es einen Regierungswechsel gibt und auch, wenn er Kanzler wird. Das unterscheidet ihn von Scholz, der zwar auch nach Kiew gefahren ist, aber immer wieder erkennen lässt, dass seine Unterstützung für die Ukraine nicht hundertprozentig ist."

Dies sei kein Wahlkampf – anders als das, was der Bundeskanzler mache. Diesem unterstellt der CDU-Politiker, unbegründete Ängste zu schüren:

"Das, was Scholz macht, ist Wahlkampf, nämlich Ängste zu schüren, so zu tun, als wenn Merz einen Krieg riskieren würde, was falsch ist. Wir machen einfach das, was Scholz eigentlich zugesagt hat in seiner großen Zeitenwende-Rede, nämlich mit Konsequenz und Klarheit an der Seite der Ukraine stehen. Das werden wir machen, wenn Merz Bundeskanzler ist."

Auf die Frage, ob Merz in Kiew die Lieferung von Taurus versprechen werde, wollte sich Wadepful nicht festlegen:

"Er wird sagen, dass wir alles das tun, was wir tun können. Und er wird selbstverständlich sagen, dass er, in dem Zeitpunkt, wo er Bundeskanzler ist, sich genau anschauen wird, in welchem Stadium dieser Krieg ist, mögliche Friedensverhandlungen sind und was technisch möglich ist."

Auf die Nachfrage des Interviewers, des früheren *Spiegel*-Redakteurs Gordon Repinski, verwies der CDU-Mann auf die langen Ausbildungszeiten für das System – obwohl nach Ansicht von Experten deutsche Soldaten für deren Einsatz nötig sind:

"Für die Taurus-Ausbildung braucht man vier Monate Zeit. Merz wird wahrscheinlich Anfang Mai Bundeskanzler sein. Dann muss man sich fragen, brauchen wir Taurus im September des nächsten Jahres noch? Wir sind grundsätzlich dafür, Merz hat sich grundsätzlich dafür ausgesprochen, Taurus

zu liefern, wenn Putin diesen Aggressionskrieg insbesondere gegen die Zivilbevölkerung in Frage stellt."

Der Interviewer fragte noch einmal nach:

"Er hat gesagt, wenn ich einmal einhaken darf: Wenn Putin nicht innerhalb von 24 Stunden aufhört, Infrastruktur und Privathäuser zu bombardieren, dann wird Taurus geliefert. Steht diese Aussage?"

Wadephul bestätigte dann, nachdem er dem Bundeskanzler noch einmal "Alleingänge" vorgeworfen hatte:

"Die steht aus Merz' Perspektive. Aber wir wissen doch gar nicht, in welcher Situation der Krieg im Mai 2025 ist. Und deswegen kann man mit Antworten aus dem November 2024 im Mai 2025 vielleicht falschliegen. Das kann ich wirklich nicht vorhersagen, das wäre unseriös."

Wadephul zeigte sich auch offen für ein neues "Sondervermögen" für die Bundeswehr, also für einen Schuldenposten außerhalb des regulären Haushalts. Zunächst einmal brauche es einen Kassensturz:

"Das können wir nicht absehen, wir müssen erstmal einen Kassensturz machen. Wir brauchen in jedem Fall sehr viel Geld für die Bundeswehr. 30 Milliarden werden 2028 fehlen, und dazu müssen wir umschichten, und dazu müssen wir uns alles angucken. Aus meiner Sicht ist es absolute Priorität, die Mittel für die Bundeswehr, aber auch für die Ukraine bereitzustellen."

Ein Sondervermögen sei also nicht auszuschließen, so der Abgeordnete auf Nachfrage.

* * *

Bericht: Thüringer Verfassungsschutzchef hat entlastendes AfD-Gutachten unterdrückt

<https://dert.site/inland/228935-afd-verbotsverfahren-recherche-legt-machtmissbrauch-machtmissbrauch-beim-thueringer-verfassungsschutz/>

10.12.2024

Stephan Kramer, Chef des Thüringer Verfassungsschutzes, soll ein internes "System" aufgebaut haben, in dem er nach seinem persönlichen Gusto operiert hat. Er war maßgeblich an der Einstufung der AfD als "gesichert rechtsextrem" beteiligt.

Der Verfassungsschutz, deutscher Inlands-Nachrichtendienst, nennt sich "Bollwerk der Demokratie" und geht gegen extremistische und terroristische Bestrebungen vor. Seit 2018 hat der Verfassungsschutz, insbesondere der thüringische, die AfD im Visier. Eine maßgebliche Rolle spielt dabei der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan Kramer, der 2018 die AfD als rechtsextremen Prüffall einstufen ließ. Eine Recherche des Nachrichtenportals *Apollo News* zeigt, dass er dafür das zuständige Referat "bewusst außen vor gelassen" hat.

Auch Kramers Materialsammlung, die er für den Prüffall vorbereitet hatte, soll behördenintern für Unmut gesorgt haben. Kramer legt die Materialsammlung nach *Apollo News*-Informationen selbst an und bringt eigenes Material ein. Auch gegenüber dem Fachreferat will er Insidern zufolge nicht sagen, woher er das Material hat, das "aufgrund seiner merkwürdigen Struktur und des Inhalts auch heute für Lacher sorgt". In den Augen seiner Mitarbeiter gilt das Verfahren daher als Kramers Privatentscheidung. In die Materialsammlung des Bundes wurde die Sammlung aus Thüringen jedenfalls an keiner Stelle aufgenommen, so heißt es in der internen Mail des Mitarbeiters.

"Als Kramer 2018 den Prüffall bekanntgab, zitierte er auf der Pressekonferenz minutenlang aus einem Essay des weit links stehenden Soziologen Andreas Kemper, das auch falsche Zitate von Höcke enthielt – Kramer macht aber nicht kenntlich, dass er überhaupt zitiert und gibt das Ganze als seine eigene Leistung aus", berichtet das Portal.

Sein "Meisterstück" kommt aber drei Jahre später, als Kramer die AfD als "gesichert rechtsextrem" einstuft. Grundlage dafür war ein etwa 600 Seiten langes Gutachten. Laut Recherche hat er ein 30-seitiges Ergänzungsgutachten mit Gegenargumenten "zum Entsetzen der Mitarbeiter" unterbunden. Konkret ging es um Fragen der Indemnität und der Meinungsfreiheit von AfD-Politikern. Demnach hätte das Ergänzungsgutachten eine Überprüfung von Teilen der bisherigen Einstufung nach sich gezogen und somit das gesamte "offizielle" Gutachten in Frage gestellt. Doch Kramer soll die Verwendung des Zusatzgutachtens untersagt und damit begründet haben, dass er "dem Gegner keine Argumente liefern" will.

Insider berichten gegenüber *Apollo News* davon, dass dem Beteiligten von Anfang an klar gewesen sei, was bei dieser Überprüfung der AfD herauskommen sollte – Kramers Wille wurde Folge geleistet. Dazu gibt es schwere Vorwürfe: Nach *Apollo News*-Informationen habe Stephan Kramer dem zuständigen Autor des Gutachtens unter vier Augen körperliche Gewalt angedroht. Insgesamt leite der Verfassungsschutzpräsident seine Behörde mit Jähzorn und Willkür, sodass viele Stellen jahrelang unbesetzt bleiben. Nach Angaben von *Apollo News* äußerte sich der Chef des Thüringer Verfassungsschutzes zu keinem der erhobenen Vorwürfe.

Kramer sei es gelungen, ein System zu etablieren, in dem er zunehmend nach persönlichem Gusto operieren, kritische Stimmen ausblenden und aus den engen Räumen der internen Abläufe einer Behörde ausbrechen kann, schlussfolgert das Portal. Er habe ein System perfektioniert, bei dem er den Verfassungsschutz zur medial-politischen Maschine macht. "Mit diesem System hat er es bundesweit möglich gemacht, die AfD in dieser Weise durch den Verfassungsschutz in die Zange zu nehmen".

Stefan Kramer wechselte mehrfach die Parteizugehörigkeit, derzeit ist er bei der SPD. Von 2004 bis Januar 2014 war Kramer Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland und Leiter des Berliner Büros des European Jewish Congress. Seit 1. Dezember 2015 ist er Präsident des Amtes für Verfassungsschutz Thüringen. Gemäß Thüringer Verfassungsschutzgesetz sollte der Präsident dieser Behörde über die Befähigung zum Richteramt (Volljurist) verfügen – eine Qualifikation, die Kramer nicht hat.

* * *

Indien: Wichtigste Oppositionspartei fordert Verbot von Aktivitäten der Soros-Stiftung

<https://dert.site/asien/229127-indien-wichtigste-oppositionspartei-fordert-verbot/>
11.12.2024

Die wichtigste Oppositionspartei in Indien, die Kongresspartei, forderte am Dienstag laut Medienberichten die Regierung Modi auf, zukünftig alle Unternehmen und Aktivitäten, die seitens der Soros-Stiftung finanziert werden, zu schließen oder zu beenden.

Die oppositionelle indische Kongresspartei forderte zu Wochenbeginn die Regierung unter Leitung der Bharatiya Janata Party (BJP, Indische Volkspartei) auf, sämtliche Unterstützungen und Förderungen für die Soros Foundation zu beenden. Dies nach vorherigen Unterstellungen seitens der BJP, dass führende Politiker der Kongresspartei enge Verbindungen zu dieser Stiftung pflegen.

Die BJP von Premierminister Narendra Modi wurde bei der letzten Parlamentswahl im Juni dieses Jahres in Indien zum dritten Mal in Folge stärkste politische Kraft. Seit 2014 wird das Land von dem Mehrparteienbündnis NDA regiert.

Im indischen Parlament wurde am Dienstag kontrovers debattiert, ausgehend von Vorwürfen seitens der BJP, die der Kongresspartei vorwarf, dass Politiker und Abgeordnete Gelder von der Soros Foundation zu politischen Zwecken entgegengenommen hätten. Dies im Zusammenhang mit der unterstellten Förderung "anti-indischer" Aktivitäten und destabilisierender Maßnahmen, zum Beispiel mit Blick auf den kontrovers wahrgenommenen Punkt der Unabhängigkeit Kaschmirs.

Die Kongresspartei erhob nun den Vorwurf, das Thema sei nur aufgeworfen worden, um einen zuvor kritisierten regierungsgeförderten Industriellen zu schützen. Die Oppositionspartei forderte jetzt in einem Gegenschlag die Regierung auf, die unterstellten eigenen Kontakte zur Soros Foundation umgehend einzustellen sowie alle Unternehmen und Aktivitäten zu schließen.

Supriya Shrinete, Sprecherin der Kongresspartei, erklärte bei einer Pressekonferenz in der Parteizentrale in Neu-Delhi:

"Wenn George Soros anti-indische Aktivitäten betreibt, wenn er versucht, die Regierung zu destabilisieren, wenn er in Anti-Establishment-Bemühungen verwickelt ist, warum beendet die Regierung dann nicht seine Operationen und Aktivitäten in Indien?"

"Warum wird es George Soros erlaubt, in Indien zu operieren? Seine Finanzierung von Start-ups, Studenten, Landwirten und kleinen Unternehmen muss eingestellt werden."

Der Gründer der kritisierten Stiftung, der 93-jährige George Soros, hatte im Jahr 2022 die Verantwortung des zukünftigen Vorsitzenden der Stiftungsgruppe an seinen Sohn Alexander übergeben. Er soll jedoch im Hintergrund weiterhin die weltweiten Geschäftsaktivitäten koordinieren.

Die Opposition forderte die Regierung zudem auf, die US-Behörden schriftlich über die Aktivitäten der Soros Foundation in Indien zu informieren. So erläuterte Shrinete auf der Pressekonferenz:

"Informieren Sie die USA darüber, wie Soros versucht hat, die indische Regierung zu destabilisieren. Sagen Sie ihnen, dass die indischen Behörden gegen Soros vorgehen werden."

Die Vorwürfe seitens der Kongresspartei lauten erweitert, die Stiftung betreibe über den "Soros Economic Development Fund" (SEDF) zwei große Fonds in Indien, nämlich Aspada, auch bekannt als Lightrock India, der Unternehmen in Indien Start- und Frühphasen-Kapital zur Verfügung stellt (in den Bereichen Bildung, Logistik, Gesundheitswesen, Finanzdienstleistungen und landwirtschaftliche Lieferketten); sowie SONG Investment Company, der wiederum von Lightrock verwaltet wird.

Laut dem *Indian Express* habe eine enge Beraterin des Premierministers und Sekretärin der indischen Regierung, Dr. Shamika Ravi, "ein Stipendium von der Open Society Foundation erhalten, die von George Soros finanziert wurde." Eine Kongresspartei-Politikerin wird mit der Frage zitiert:

"Wird das Büro des Premierministers sie nun absetzen und eine Untersuchung darüber einleiten, was sie alles getan hat oder tun wird, um 'Indien zu destabilisieren'?"

Politische Quellen erklärten gegenüber *Sputnik India*, die Kongresspartei habe nun beschlossen, "in der Soros-Frage eine 'offensive Haltung' gegenüber der BJP einzunehmen". Die engen Verbindungen zwischen der Stiftung und der Regierungspartei seien "inzwischen ein offenes Geheimnis", so ein indischer Journalist in Neu-Delhi laut *Sputnik*-Artikel.

Sollte "Soros so gefährlich sein", wie die Modi-Regierung aktuell behauptet, "sollte er in Indien verboten werden", so die Quellen laut *Sputnik India*.

* * *

Vor der Machtübernahme der Islamisten in Syrien: Ukraine versorgte HTS mit 150 Drohnen

<https://dert.site/der-nahe-osten/229267-vor-machtuebernahme-islamisten-in-syrien/>

12.12.2024

Im Vorfeld der Blitzoffensive, die mit dem Sturz Assads in Syrien endete, stellte Kiew den Islamisten Kampfdrohnen und mindestens 20 erfahrene Drohnenoperatoren zur Verfügung.

Die ukrainische Regierung versorgte die Kämpfer der bewaffneten Gruppe Hayat Tahrir al-Scham (HTS) im Vorfeld der Blitzoffensive, die mit dem Sturz der Arabischen Republik Syrien endete, mit "etwa 150 First-Person-View-Drohnen" und mindestens 20 erfahrenen Drohnenoperatoren.

Laut Quellen, die mit dem Kolumnisten der *Washington Post* David Ignatius sprachen, versuchte Kiew damit, Russland und seine syrischen Verbündeten zu schwächen, indem es die von den Vereinten Nationen als terroristisch eingestufte Organisation bewaffnete. Die Drohnen seien "vor vier bis fünf Wochen" geliefert worden, berichtet Ignatius.

Bereits im September meldeten türkische Medien die Verlegung ukrainischer Spezialisten nach Syrien. Diese sollen die ehemaligen IS- und Al-Qaida-Milizen, die Idlib kontrollieren, im Umgang mit Drohnen geschult haben.

"Eine Delegation aus der Ukraine ist in den letzten Monaten nach Idlib gereist und hat sich mit den Führern der Terrororganisation getroffen", berichtete die türkische Zeitung *Aydinlik* am 9. September und fügte hinzu, dass die Agenten aus Kiew die Freilassung mehrerer tschetschenischer, georgischer und albanischer Kämpfer, die in HTS-Gefängnissen festgehalten werden, im Austausch gegen Dutzende Drohnen forderten.

"HTS akzeptierte die Bedingungen ... und einige Radikale wurden aus den Gefängnissen entlassen", so kurdische Quellen gegenüber *Aydinlik*.

Die Zusammenarbeit zwischen den islamistischen Gruppen, die derzeit Syrien kontrollieren, und dem ukrainischen Militär besteht seit 2022. Damals enthüllten russische Medien, dass zahlreiche HTS- und IS-Kämpfer in die Ukraine geschickt wurden, um an der Seite der Kiewer Armee gegen Russland zu kämpfen.

* * *

Analyse

Regimewechsel in Georgien einst und jetzt: Salome Surabischwili, ihre Familie und die Nazis

<https://dert.site/international/228527-regimewechsel-in-georgien-einst-und/>

06.12.2024

Hartnäckig weigert sich die aus Frankreich stammende Surabischwili Ende Dezember, ihr Amt turnusmäßig abzugeben. Bemerkenswert: Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes und Kollaboration sind keine ganz neuen Erscheinungen in der weitverzweigten Familie der georgischen Staatspräsidentin.

Von Martin Eulenburg

Salome Surabischwili ist eine französische Karrierediplomatin, die 1952 in Paris geboren wurde und einer georgischen Familie entstammt, die im Zuge der russischen Februarrevolution von 1917 nach Frankreich geflohen war. Im März 2004 wurde ihr auf Veranlassung des damaligen georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili die georgische Staatsbürgerschaft verliehen, und noch im selben Monat erfolgte ihre Ernennung zur Außenministerin Georgiens. Die französische Staatsbürgerschaft musste Surabischwili dafür nicht aufgeben, und Präsident Jacques Chirac stellte die Diplomatin für ihre neue ministerielle Aufgabe in Georgien frei.

Väterlicherseits verfügt Surabischwili über verwandtschaftliche Beziehungen zum georgischen Adel und Teilen der vorrevolutionären liberalen Intelligenzija des Zarenreiches. Die Familiengeschichte ihrer 1921 geborenen Mutter, Zeinab Kedia, verbindet Surabischwili mit den Akteuren der kurzlebigen Demokratischen Republik Georgien aus der Zeit der Oktoberrevolution.

Ebendiese Zeinab Kedia war die Tochter eines gewissen Melchizedek (genannt "Meki") Kedia (1878–1945). Ohne zu übertreiben, kann man von den Kedias behaupten, dass sie zu den einflussreichsten Familien in Georgien zählten. In Opposition zu den Bolschewiki stehend, bekleidete "Meki" Kedia während der Revolutionsjahre denn auch den Posten eines Geheimdienstchefs im bürgerlichen, antisowjetischen Georgien. Sein Bruder Spiridon Kedia war in jenen Jahren Abgeordneter für die Nationaldemokraten im georgischen Parlament.

Der Sohn von "Meki" Kedia wiederum, Michael Kedia, 1902 im georgischen Sugdidi geboren, studierte Anfang der 1920er-Jahre in Heidelberg, ging dann aber zu seiner Familie nach Paris. Michael Kedia war also der um rund zwei Jahrzehnte ältere Bruder von Zeinab – und somit der Onkel von Salome Surabischwili, der Noch-Präsidentin des heutigen Georgien (und nicht ihr Großvater, wie der X-Nutzer "WW2 The Eastern Front" schreibt).

In der Biografie von Michael Kedia zeigen sich nicht nur Grundtendenzen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sondern auch konstante Interessen einflussreicher Familien, und dies über alle zeitlichen Brüche und Systemwechsel hinweg. Wobei sich in der Emigration mitunter Opportunismus und Kollaboration in diese politökonomisch-geopolitischen Interessen mischen.

Michael Kedia engagierte sich zunächst politisch im Milieu der aus dem Kaukasus geflohenen Emigranten, das im Paris der Zwischenkriegszeit eines seiner Zentren gefunden hatte. Aufgrund seiner antisowjetischen publizistischen Tätigkeit stand Kedia bereits in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre in regelmäßigem Kontakt mit dem japanischen Geheimdienst und der Abwehr, dem

Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht.

Nach der deutschen Besetzung Frankreichs rückte Kedia in eine Vertrauensstellung der Abwehr auf und stand in engem Kontakt mit dem Sicherheitsdienst der SS sowie dem Auswärtigen Amt. Somit unterstand Michael Kedia letztlich Reinhard Heydrich, dem Chef des SD der SS.

Kedia, der hervorragend Deutsch sprach, suchte sich als Anwalt der Kaukasier in Frankreich gegenüber den Deutschen zu profilieren, während er offiziell eine "Kaukasische Verbindungsstelle" in Paris einrichtete, die den Deutschen dazu diente, die kaukasische Emigration in Frankreich zu kontrollieren. Kedia besaß darüber hinaus das Vertrauen der sozialdemokratisch geführten georgischen Exilregierung, die in Paris residierte.

In der frühen Phase des Zweiten Weltkriegs organisierte Kedia für die deutsche Abwehr Sabotagegruppen in Frankreich, die aus emigrierten Kaukasiern mit Blick auf einen künftigen Einsatz in der Sowjetunion zusammengestellt wurden (Codename "Tamara"). Der deutsche Angriff auf die UdSSR war längst in Vorbereitung.

Nach Beginn des deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion kam Kedia von Paris nach Berlin, wo er neben seiner Tätigkeit für die Abwehr auch für das neu geschaffene "Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete" arbeitete.

Kedia fungierte schließlich nicht nur aufgrund seines Ansehens unter den kaukasischen Emigranten als deren inoffizieller Vertreter, sondern wurde vom Leiter der Kaukasusabteilung des "Ostministeriums" zum Sprecher des "Georgischen Nationalausschusses" ernannt. Über die Abwehr war Kedia eingebunden in das "Unternehmen Schamil", das die Eroberung der transkaukasischen Erdölvorkommen sicherstellen sollte.

In Berlin pflegte Kedia seine bereits aus Paris bestehenden Kontakte zum SD der SS weiter. Der SS-Sicherheitsdienst plante seinerseits und parallel zur Abwehr ein eigenständiges Vorgehen im Kaukasus unter dem Decknamen "Unternehmen Zeppelin". Anders als die Abwehr, verfolgte der SD nicht so sehr militärische Ziele, sondern initiierte Sabotage- und Zersetzungsoperationen abseits der Frontlinien, auch auf sowjetischem Gebiet.

Beim Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete wurde eine eigene Stelle für den Kaukasus eingerichtet, der sogenannte "Aufbaustab Kaukasus". Über seine Funktion als Sprecher des "Georgischen Nationalausschusses" war Kedia auch hier eingebunden.

Hinzu kam, nicht zu verwechseln mit dem "Aufbaustab", der "Sonderstab Kaukasus", der in Woroschilowsk, dem heutigen Stawropol, im Nordkaukasus seinen vorübergehenden Sitz hatte. Dieser "Sonderstab" diente als Koordinierungsstelle mehrerer deutscher Ministerien – und unterstand der direkten Aufsicht des Sicherheitsdienstes der SS. Auch in diesem Sonderstab hatten die kaukasischen Völker ihre Vertreter: Michael Kedia – für die Georgier.

So wirkte Michael Kedia ab September 1942 in Woroschilowsk daran mit, die Tätigkeit von Abwehr und SD zu koordinieren. Neben Polizeiaufgaben ging es dabei vor allem um die Steuerung von Aufstandsversuchen kaukasischer Völker und ethnischer Gruppen gegen die Sowjetunion. Aufgrund des Kriegsverlaufs wurde der Sonderstab recht bald wieder aufgelöst, und Kedia musste nach Berlin zurückkehren.

Dennoch wurde das Ziel einer Infiltrierung des Kaukasus von den Deutschen nicht aufgegeben. Zu diesem Zweck wurde 1943 das "Unternehmen Zeppelin" über ein Netzwerk in der Türkei betrieben, das Michael Kedia bei seinen mehrfachen Besuchen dort aufgebaut hatte. Doch der sowjetischen

Spionageabwehr gelang es zunehmend, diese Operationen zu unterbinden.

Die sich abzeichnende deutsche Niederlage veranlasste Kedia, über seine Verbindungen in der Türkei Kontakte zu den Westalliierten zu suchen. Doch nach dem Abbruch der deutsch-türkischen Beziehungen im August 1944 musste Kedia anders vorgehen, um seine antisowjetische Tätigkeit nach dem absehbaren Ende des Dritten Reiches fortsetzen zu können.

Seinen Seitenwechsel bereitete Kedia, wenig überraschend, ebenfalls mithilfe der Abwehr vor. Das Verwirrspiel um einen Doppelagenten, der bereits in Kontakt mit dem US-amerikanischen OSS stand und das die deutschen Wehrmachtgeheimdienstler in den letzten Tagen des Krieges ausführten, nutzte Kedia aus, um im April 1945, also noch vor der deutschen Kapitulation, in Begleitung seiner Vorgesetzten aus SD und Ostministerium in die Schweiz zu gelangen. Dort setzte er sich gegenüber den Amerikanern dafür ein, dass gefangengenommene Georgier, die in deutschen Diensten gestanden hatten, nicht an die Sowjetunion ausgeliefert werden sollten.

Inwieweit Kedia dem OSS als Informant diente, ist unklar, denn der amerikanische Dienst führte ihn noch bis zum Dezember 1948 in seinen Listen. Schließlich wurde Kedia von den Schweizer Behörden interniert. Verarmt und seit Jahren schwer erkrankt, beging Michael Kedia im August 1954 Selbstmord in Genf. Zu dieser Zeit war Salome Surabischwili zwei Jahre alt.

* * *

Mit eiskaltem Kalkül treibt Blinken die ukrainische Jugend in den Tod

<https://dert.site/europa/228535-mit-eiskaltem-kalkuel-treibt-blinken/>

07.12.2024

Die Verluste des ukrainischen Militärs sind zu hoch. Es fehlt überall an Soldaten. Der Zusammenbruch ist nur noch eine Frage der Zeit. Damit diese Blamage nicht in seiner eigenen Amtszeit passiert, die am 20. Januar abläuft, will US-Außenminister Blinken jetzt sogar die Jugend der Ukraine verheizen.

Von Rainer Rupp

In einer unerbittlichen Demonstration von Arroganz und politischem Zynismus hat US-Außenminister Antony Blinken den Druck auf Selenskij verstärkt, damit er die Löcher, die durch Riesenverluste an der Front gerissen wurden, mit unerfahrenen 18-Jährigen notdürftig stopft. Am Kriegsverlauf wird das nichts ändern, denn die Russen sind einfach zu stark.

Mit Äußerungen während einer NATO-Pressekonferenz hat Blinken offen dafür plädiert, das Wehrpflichtalter in der Ukraine auf 18 Jahre zu senken und somit diejenigen an die Front zu schicken, die noch halbe Kinder sind. Aber der Krieg wird dadurch einige Wochen oder Monate länger dauern, in denen die Jugend der Ukraine im gnadenlosen Fleischwolf der russischen Artillerie verheizt wird.

Dieser schockierende Vorschlag am Rande der NATO-Ministertagung hat mit Strategie nicht zu tun. Er erinnert an die verzweifelten Versuche der deutschen Nazi-Größen zum Kriegsende, die ihr erbärmliches Leben noch ein paar Wochen verlängern wollten, indem sie tausende Kindersoldaten in den Tod geschickt haben. Blinkens Forderung stinkt nach einer kalten, berechnenden Missachtung des menschlichen Lebens. Hier folgt der US-Minister im Originalton:

"Jüngere Menschen in den Kampf zu bringen, das denken wir – viele von uns denken so – ist notwendig."

Notwendig für wen, Herr Blinken? Für die Ukraine? Oder für die geopolitischen Ambitionen einer abtretenden jämmerlichen Biden-Regierung, die versucht, ihr Vermächtnis auf dem Rücken toter Jugendlicher zu sichern?

Eine Generation auf dem Spiel

Mit der Rechtfertigung der "Verteidigung" von Demokratie und Freiheit – als wenn es sowas in dem nazi-lastigen Gewaltregime gäbe – betonte Blinken die unbedingte Notwendigkeit, mehr ukrainische Soldaten an die Frontlinien zu bringen. Mit dem Argument, dass Geld, Waffen und Munition allein nicht genug seien, es müsse auch Menschen geben, die diese Sachen bedienen können. Dass er mit seiner Forderung auf die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen zielt, unterstreicht ein moralisches Versagen. Denn diese Altersgruppe ist das Rückgrat der Zukunft einer jeden Nation.

Blinkens Drängen deckt sich beunruhigend gut mit der unerschütterlichen Unterstützung der Ukraine, die der neue NATO-Generalsekretär Mark Rutte nicht müde wird zu deklamieren. Das ist ein Quidproquo-Angebot an die Ukraine: Opfere mehr junge Leben, und wir werden weiter Waffen und Geld schicken. Es ist ein unverzeihlicher Handel.

Das ukrainische Volk wird in eine Entscheidung gedrängt, die weniger nach nationaler Verteidigung und mehr nach Dienstbarkeit an fremden Interessen aussieht. Die klaren Gewinner in dieser tragischen Gleichung sind die Rüstungsunternehmen und politischen Machtmakler, die von der Fortdauer des Krieges profitieren, während der Preis in Blut bezahlt wird – von den Jungen und Machtlosen.

Es ist eine bittere Ironie, dass die US-Kriegstreiber, die von der Ukraine fordern, ihre Jugend für US-Ziele zu opfern, selbst größten Wert darauf legen, dass ihre eigenen Kinder in Vorstandsräumen von Unternehmen sitzen, an Ivy-League-Universitäten studieren und in Luxus-Ghettos wohnen.

Die Heuchelei von Blinken und Co. ist unerträglich. Sie verlangen, dass die Mütter und Väter in der Ukraine ihre kaum der Pubertät erwachsenen Kinder opfern, um einen US-Stellvertreterkrieg gegen Russland zu verlängern, dessen letztendliches Ziel keineswegs klar ist. Indem sie die Zerstörung der Jugend als notwendig für die Verteidigung darstellen, haben die USA und die NATO menschliche Leben zu bloßen Bauern in einem geopolitischen Schachspiel reduziert.

Aber dieses makabre Spiel der US-Eliten ist nicht neu. Letztes Jahr drückte Senator Lindsey Graham Schock und Frustration aus, als er erfuhr, dass das Wehrpflichtalter in der Ukraine bei 27 begann. Der US-Druck führte dazu, dass Selenskij das Mobilisierungsalter auf 25 senkte – eine Konzession, die bereits von vielen Ukrainern widerwillig aufgenommen wurde. Bei all dem Wahnsinn gibt es jedoch einen Lichtblick: Blinkens Beharren darauf, bereits 18-Jährige an die Front zu schicken, könnte den bereits schwelenden Widerstand in der breiten Bevölkerung zum Brodeln bringen und zu Massenprotesten und interner Sabotage inmitten des Krieges führen und den Zusammenbruch der Front beschleunigen.

* * *

Syrien ist gefallen – Russland steht vor schwierigen Entscheidungen

<https://dert.site/der-nahe-osten/228810-syrien-ist-gefallen-russland-steht/>

08.12.2024

Die aktuellen Entwicklungen in Syrien stellen Russland vor eine neue Herausforderung. Experten diskutieren, wie Moskau trotz dieser Rückschläge strategische Erfolge sichern und seine langfristigen Interessen im Nahen Osten wahren könnte.

Von Irina Alksnis

Der rasche Kollaps in Syrien löste zwei der hitzigsten Debatten aus: erstens, warum er geschah, und zweitens, wie Russland und Iran (der dort weitaus umfangreichere und ernsthaftere Interessen hat) eine solche Entwicklung überhaupt zulassen konnten. Sofort meldeten sich viele "Experten" zu Wort, die sich angeblich gut mit den örtlichen Gegebenheiten auskennen. Aber es gab noch mehr "Spezialisten", die die Fehler Moskaus anprangerten. Russland habe es ihrer Meinung nach versäumt, die katastrophale Entwicklung der Ereignisse zu verhindern und seinen wichtigsten Verbündeten in der Region zu retten, und habe infolgedessen eine schwere geopolitische Niederlage erlitten. All seine Bemühungen, die aufgewendeten Ressourcen und die in Syrien gefallenen russischen Soldaten seien umsonst gewesen.

Die Diskussion über die Gründe, warum die Ereignisse so verlaufen sind, überlassen wir denjenigen, die die Realitäten des Nahen Ostens wirklich verstehen. Doch über das zweite Thema – die Motivation für Moskaus Vorgehen – ließe sich trefflich diskutieren, da sie viel universeller ist und auf jede außenpolitische Richtung projiziert werden kann.

Vor allem muss man verstehen, dass die Zeiten der russischen Außenpolitik, in denen Entscheidungen auf der Grundlage ideologischer oder sentimentaler Erwägungen getroffen wurden, für immer vorbei sind. Russland handelt ausschließlich pragmatisch und orientiert sich nur an seinen eigenen Prioritäten. Es ist dazu bereit, seinen Partnern und Verbündeten auf einer für beide Seiten vorteilhaften Basis und genau im Rahmen seiner Eigeninteressen Hilfsleistungen und Unterstützung zukommen zu lassen. Unser Land übernimmt nicht mehr die Verantwortung für das Schicksal anderer.

Im Jahr 2015 kam Russland Syrien auf Ersuchen der legitimen syrischen Staatsführung zu Hilfe. Mit dieser Operation half Moskau nicht nur einem befreundeten Land, sondern löste auch mehrere – für sich selbst – wichtige Aufgaben.

Die vielleicht wichtigste vollzogene Aufgabe ist die Zerschlagung des "Islamischen Staats" (IS bzw. ISIS) unter aktiver Beteiligung Russlands. Für uns bestand die Hauptgefahr dieser Terrorbewegung darin, dass sie nach der Machtübernahme im Nahen Osten und Verstärkung ihrer Schlagkraft zwangsläufig nach Zentralasien vorgedrungen wäre – und dann sehr schnell unsere Grenzen erreicht hätte. Und das wäre etwa zur gleichen Zeit geschehen, als der Westen die Ukraine für einen Krieg mit Russland vorbereitete – dann hätten wir sehr schwere Kriege gegen Terroreinheiten an zwei Fronten gleichzeitig führen müssen.

Die Syrien-Operation verschaffte Russland eine qualitativ neue Einflussebene in der wichtigsten Weltregion und machte es dort zu einem der Hauptakteure. Trotz ihres begrenzten Militärformats vermittelte sie unseren Streitkräften einzigartige Militärerfahrungen, was in den heutigen Zeiten schlichtweg von größtem Wert ist. Außerdem wurden durch die russische Hilfestellung für Syrien im Jahr 2015 die westlichen Absichten – dieses Land beziehungsweise sein Territorium, vor allem im Energiesektor, für antirussische Machenschaften zu nutzen – zunichtegemacht.

Die Aufzählung der von Russland aus der Operation in Syrien gezogenen Pluspunkte ließe sich endlos fortsetzen, aber es stellt sich die berechnigte Frage: Wie wäre es möglich gewesen, Syrien fallen zu lassen und all diese Vorteile zu verlieren?

Überhaupt nicht. Die meisten der von Russland erzielten Vorteile sind unerschütterlich: Das Risiko eines Terrorkrieges an unseren südlichen Grenzen wurde beseitigt (zumindest für die absehbare Zukunft), die Militärerfahrung ist erhalten geblieben. Dank der Syrien-Operation konnte Russland dem Westen einen Vorsprung von fast einem Jahrzehnt vorenthalten, in dem sich die Welt radikal veränderte – und der Westen ist heute nicht mehr derselbe wie im Jahr 2015.

Jetzt stellt sich vor allem die Frage, was mit unseren Militärstützpunkten in Latakia und unserem geopolitischen Einfluss im Nahen Osten geschehen wird. Nun, das Leben wird es zeigen. Aber es gibt Grund zu der Annahme, dass die Kritiker und Pseudo-Patrioten wieder einmal sehr enttäuscht sein werden, denn Moskau findet einen Ausweg zur Schadensminimierung, und bald werden die westlichen Medien mit dem Finger auf Putins absolute Hinterlist zeigen und sagen, er habe die Situation wieder einmal zu Russlands Gunsten gewendet.

Doch egal, wie man es dreht und wendet, die Lage in Syrien ist nicht nur schlecht, sondern – ehrlich gesagt – katastrophal. Es besteht kein Zweifel, dass die verantwortlichen Strukturen vor einer umfangreichen und komplexen Aufgabe stehen. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn diese Aufgabe nicht nur von Russland, sondern von all unseren Partnern erfüllt würde.

Die wichtigste Schlussfolgerung liegt jedoch auf der Hand: Jedes Land ist für sein eigenes Schicksal verantwortlich und büßt für seine eigenen Entscheidungen und Handlungen selbst.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 8. Dezember 2024 zuerst bei RIA Nowosti erschienen.

* * *

Der Westen stürzt Syrien in ein kontrolliertes Chaos

<https://dert.site/der-nahe-osten/228926-westen-stuerzt-syrien-in-kontrolliertes/>

09.12.2024

Die Ära Assads ist zu Ende, und die syrische Opposition hat die Kontrolle über Damaskus übernommen. Die Niederlage von Baschar al-Assad könnte das Bild des Nahen Ostens radikal verändern. Wer hat bei den Ereignissen am meisten zu gewinnen und wer am meisten zu verlieren?

Von Jewgeni Posdnjakow

Die bewaffnete syrische Opposition hat Damaskus eingenommen. Kämpfer der Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS, früher bekannt als al-Nusra-Front) hatten die Stadt am Vortag, dem 7. Dezember, umstellt. Nach Angaben der Nachrichtenagentur *Al Hadath* stießen die Vertreter der Gruppierung auf wenig Widerstand seitens der Republikanischen Armee. Nur wenige Stunden nach Beginn der Kampfhandlungen in der Hauptstadt drangen sie in den Palast von Baschar al-Assad ein, der unbewacht geblieben war.

Vor diesem Hintergrund berichtete *Reuters*, dass der Präsident des Landes Damaskus verlassen hat. Derzeit ist sein Aufenthaltsort unbekannt, aber die Nachrichtenagentur räumte ein, dass er bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen sein könnte. Es gibt noch keine offizielle

Stellungnahme zu diesem Thema. Zur gleichen Zeit wurde der Zusammenbruch der säkularen Regierung vom Ministerpräsidenten des Landes, Mohammad Ghazi al-Dschalali, bekannt gegeben, berichtete *Al Arabia*.

Ihm zufolge haben die meisten Minister beschlossen, in Damaskus zu bleiben. Sie werden ihre Aufgaben für die Dauer der Übergangszeit weiter wahrnehmen. Al-Dschalali soll sich bereits mit dem HTS-Anführer Abu Muhammad al-Dschaulani darauf geeinigt haben. Im Gegenzug hat die Opposition die Sicherheit der Regierungsmitglieder, die sich in der Republik aufhalten, garantiert.

Gleichzeitig überschritten Einheiten der israelischen Armee die Kontaktlinie auf den Golanhöhen und drangen in die Pufferzone an der Grenze zu Syrien ein, berichtete die *Times of Israel*. Es wird berichtet, dass diese Maßnahmen ergriffen wurden, um die Sicherheit des Landes nach dem Sturz der Assad-Regierung zu gewährleisten. Wie der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu feststellte, eröffnet der Machtwechsel in Syrien neue Möglichkeiten für Tel Aviv. Er betonte, dass der Sturz von Assad ohne die Angriffe der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) auf Iran und die Hisbollah nicht möglich gewesen wäre. Der jüdische Staat sei derzeit bereit, den Einwohnern der syrischen Republik die Hand des Friedens zu reichen, werde aber nicht zulassen, dass feindliche Kräfte an seinen Grenzen erstarken.

Im Westen wurden diese Ereignisse überwiegend positiv aufgenommen. Die diplomatische Leiterin der EU, Kaja Kallas, brachte ihre Unterstützung für die bewaffnete syrische Opposition zum Ausdruck und fügte hinzu, die EU sei bereit, mit den neuen Behörden zusammenzuarbeiten. Das französische Außenministerium vertritt eine ähnliche Position, während Bundeskanzler Olaf Scholz das Ende von Assads Herrschaft laut *Kommersant* als "gute Nachricht" bezeichnete.

Das russische Außenministerium teilte unterdessen auf seinem Telegram-Kanal mit, dass es derzeit keine Bedrohungen für die Militärstützpunkte der russischen Streitkräfte in der syrischen Republik gebe, obwohl die entsprechende Infrastruktur bereits in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden sei. Es werden alle möglichen Anstrengungen unternommen, um die Sicherheit der russischen Bürger in Syrien zu gewährleisten.

Die derzeitige akute Phase der Krise in Syrien begann am 29. November. Damals griffen HTS-Kämpfer Aleppo, die zweitgrößte Stadt des Landes, an. Die Aktivitäten der Terroristen wurden von der Türkei, den Vereinigten Staaten und der Ukraine unterstützt. In der Nacht zum 8. Dezember gelang es den Formationen, das große Bevölkerungszentrum Homs einzunehmen, was ein günstiges Umfeld für eine Offensive auf Damaskus schuf.

In Syrien wird die Zeit von 1971 bis heute als "Assad-Ära" bezeichnet. Damals kam der Vater des heutigen Präsidenten, Hafiz al-Assad, durch einen Putsch innerhalb der Baath-Partei an die Macht. Nach seinem Tod wurde die Republik von Baschar al-Assad geführt, dessen Regierung bis zum Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2011 stabil blieb.

Wladimir Saschin, ein leitender Forscher am Institut für Orientalische Studien der Russischen Akademie der Wissenschaften, stellt fest:

"Der Hauptverlierer des Sturzes der Regierung von Baschar al-Assad ist wohl der Iran. Für ihn war Syrien der 'goldene Stein' in der schiitischen Einflusskette. Wir sollten nicht vergessen, dass der Zusammenbruch der Regierung auch vor dem Hintergrund einer erheblichen Verschlechterung der Position der Hisbollah erfolgte, die ebenfalls Teil der Einflussachse Teherans war."

Der Experte fügt hinzu:

"In der Tat ist das wichtigste Konzept Irans - der Export der islamischen Revolution - in Frage gestellt worden. Das Land kann die Situation in keiner Weise ändern. Es wird eine qualitativ andere Realität akzeptieren und mit der neuen syrischen Regierung verhandeln müssen, in der Hoffnung, zumindest einige diplomatische Beziehungen zu etablieren."

"Es ist eine große Frage, ob Teheran Erfolg haben wird. Die HTS bezeichnete den Iran als den zweitwichtigsten Gegner nach dem Regime von Baschar al-Assad. In einer solchen Situation ist es ziemlich schwierig, auf einen stabilen Dialog zu hoffen."

Saschin erklärt weiter:

"Der Hauptnutznießer der Ereignisse ist die Türkei."

Für Ankara ist dies ein weiterer Schritt zur Anerkennung seines wachsenden internationalen Einflusses und zur Stärkung seiner Position auf regionaler Ebene. Es ist gut möglich, dass der Sturz der syrischen Regierung die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran erschwert, aber es wird nicht zu einem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen beiden kommen."

"Was Israel betrifft, so ist der Sturz Assads für Tel Aviv ein kontroverses Ereignis. Einerseits ist der jüdische Staat einen starken Akteur losgeworden, der seine engen Beziehungen zu Teheran offen dargelegt hat. Theoretisch sollte dies der Sicherheit des Landes zugutekommen."

Er führt weiter aus:

"Wie die künftige syrische Regierung aussehen wird, ist jedoch nicht vollständig geklärt. Es ist durchaus möglich, dass radikale Islamisten an die Macht kommen, für die sich Tel Aviv als neuer Hauptgegner erweisen wird. Dennoch ist bereits jetzt klar, dass die Lage im Nahen Osten sehr viel komplizierter geworden ist. Das fragile Gleichgewicht der Kräfte in der Region ist hoffnungslos erschüttert."

Die Macht in Syrien ist von westlich kontrollierten Gruppierungen gestürzt worden, so Simon Tsipis, ein israelischer Experte für internationale Beziehungen und nationale Sicherheit. Er behauptet:

"Die Aktivitäten der HTS und anderer Formationen werden mithilfe der US-amerikanischen und britischen Geheimdienste durchgeführt. Tel Aviv war auch an der Ausbildung ihrer Spezialisten beteiligt."

Tsipis spekuliert:

"Der Sturz von Baschar al-Assad spielt Israel in die Hände. Er ist der traditionelle Gegenspieler des jüdischen Staates. Gerade jetzt greifen die IDF syrische Flugplätze an, um den Rebellen zu helfen, die Regierung endgültig zu beseitigen."

Syrien wird systematisch, Schritt für Schritt, in einen zerrütteten, ausgebluteten Staat verwandelt.

Der Westen will ein kontrolliertes Chaos schaffen. Ein Terrain, auf dem es kein selbstbewusstes Regime geben wird, das in der Lage wäre, die Interessen seines Volkes zu

verteidigen. So hat Israel einfach keine Gegner mehr, die es in irgendeiner Weise angreifen könnten. Die Stabilität in Syrien ist für die nächsten Jahrzehnte verloren. Selbst wenn ein Führer auftauchen würde, wäre er wahrscheinlich ein vom Westen ernannter Mann."

Die HTS-Kämpfer haben viel weniger zum Sturz des syrischen Regimes beigetragen als Baschar al-Assad selbst, erinnert der Militärexperte Wadim Kosjulin, Leiter des Zentrums des Instituts für aktuelle internationale Probleme an der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums. Er erklärt:

"Der ehemalige Präsident des Landes ruhte sich, offen gesagt, auf den Lorbeeren der Siege von Mitte der 2010er-Jahre aus. Er und sein Team glaubten, der Machtkampf sei vorbei."

Kosjulin merkt an:

"Aus diesem Grund wurde der Entwicklung und Modernisierung der Streitkräfte wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Armee wurde zu einer Ansammlung von Warlords, von denen jeder versuchte, seinen eigenen Clan zu gründen. Das missfiel sowohl den Soldaten selbst als auch den einfachen Bürgern der Republik. Assads Autorität begann zu schwinden."

"Vor diesem Hintergrund sieht es so aus, als hätten sich die Kämpfer seit mehreren Jahren auf Rache vorbereitet. Die HTS war hier wahrscheinlich die leidenschaftlichste der Gruppen, mit Unterstützung der Türkei und anderer ausländischer Akteure. Sie waren gut motiviert und geistig bereit, ihr Leben im Kampf gegen die syrische Armee zu opfern."

Der Experte fügt hinzu:

"Die HTS erhielt eine große Menge an militärischer Ausrüstung von externen Kräften."

Die Organisation verfügte über einen guten Vorrat an Drohnen, der bei der Einnahme von Aleppo sehr klug eingesetzt wurde. Es war das erste Mal, dass Assads Kämpfer mit Drohnen konfrontiert wurden - die Methoden zu ihrer Abwehr waren im Vorfeld nicht ausgereift, was in den Reihen der Armee Panik auslöste."

"Die HTS-Anhänger operierten in relativ kleinen Gruppen und versuchten, sich gegenseitig Deckung zu geben, wenn sie eine neue Stadt betraten. Mit der Zeit, als die Ohnmacht der syrischen Streitkräfte offensichtlich wurde, gaben die Kämpfer jegliche Taktik auf. Was nützt das, wenn der Feind keinen Widerstand leistet."

Der Gesprächspartner unterstreicht:

"Das heißt, die Anhänger der HTS sind einfach in die neuen Städte der Republik gestürmt und haben sie innerhalb weniger Stunden unter ihre Kontrolle gebracht. Die Bevölkerung unterstützte die 'Befreier' weitgehend. Tatsächlich gelang es ihnen, mit einer solchen 'Lawine' die Hauptstadt der Republik zu erreichen."

"Was die Zukunft der russischen Stützpunkte in Syrien betrifft, so ist es durchaus möglich, dass sie erhalten bleiben können. Die HTS haben keine Ansprüche an Moskau gestellt, und die Bürger des Staates behandeln uns größtenteils mit Respekt. Ich denke, wenn eine Entscheidung über die Notwendigkeit der Beibehaltung der Präsenz getroffen wird, kann die Kontrolle über die geschaffene Infrastruktur beibehalten werden."

Die Spekulationen westlicher Medien über Russlands Versagen im Nahen Osten sind grundlegend falsch, so der Politologe Kirill Semjonow. Er meint:

"Moskau hat in dieser Situation die einzig richtige Position eingenommen. Bereits 2015 sagte Wladimir Putin, dass wir nicht mehr Syrer sein werden als die Syrer selbst.

Es liegt an den Bürgern der Republik, ihre eigene Regierung zu verteidigen.

Russland hat sich immer für die Aufnahme eines Dialogs zwischen den verschiedenen Kräften im Land eingesetzt, und wir haben auch auf möglichst fruchtbare Verhandlungen über verschiedene internationale Kanäle zur Lösung dieser Krise gedrängt. Aber Moskau ist nicht in der Lage, die Haltung der Bevölkerung gegenüber Baschar al-Assad zu ändern."

Als Begründung führt er an:

"Die Menschen haben für einen Regierungswechsel gestimmt, indem sie sich weigerten, die Regierungstruppen zu unterstützen. Die Armee hat sich geweigert, ihre Pflichten zu erfüllen, die Zivilbevölkerung hat keine Milizen gebildet. Es war ihre Entscheidung, sie waren der Meinung, dass ein solches Ergebnis das Beste für ihr Heimatland wäre. Man kann sich nur wünschen, dass sich der Wille des Volkes in der historischen Perspektive als richtig erweisen wird."

Abschließend erklärt Semjonow:

"Jeder Versuch Russlands, irgendwie in diese Situation einzugreifen, würde zu nichts Gutem führen. Ausländische Unterstützung für Assad wäre so, als würde man ein Glas Wasser auf eine Flamme gießen, um sie zu löschen. Darüber hinaus ist Moskau in einen schweren Konflikt in der Ukraine verwickelt. Es ist klar, dass alle notwendigen Kräfte in erster Linie dort eingesetzt werden sollten."

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 8. Dezember 2024 zuerst auf der Webseite der Zeitung Wsgljad erschienen.

Jewgeni Posdnjakow ist ein russischer Journalist, Fernseh- und Radiomoderator.

* * *

Teheran zum Umsturz in Syrien: Assad suchte Annäherung an Westen und wurde getäuscht

<https://dert.site/der-nahe-osten/229044-syrien-iran-bemueht-sich-um-erklarungen-bezueglich-raschem-sturz-von-assad/>

10.12.2024

Angesichts der jüngsten Eskalation in Syrien galt der Iran als jene Macht, die an der Seite Damaskus in die Kampfhandlungen hätte eingreifen und die Macht von Baschar al-Assad retten können. Doch Teheran blieb außen vor, als Assad gestützt wurde. Nun versucht man zu erklären, warum es so weit kam.

Von Alex Männer

Nach etwas mehr als einer Woche seit Beginn der Kampfhandlungen im Norden Syriens Ende November haben die sogenannten "syrischen Oppositionskräfte" die Kontrolle über die meisten

Regionen und damit die Macht im Land übernommen.

Die Regierungstruppen erlitten binnen weniger Tage gleich mehrere schwere Niederlagen, verloren dabei große Gebiete und brachen unter dem Ansturm des Gegners zusammen, ohne nennenswerten Widerstand zu leisten.

Infolgedessen endete die 24-jährige Regierungszeit von Präsident Baschar al-Assad. Er musste Syrien verlassen, nachdem Einheiten der Opposition am Sonntag in Damaskus eingedrungen waren und die syrische Hauptstadt kurz darauf eingenommen hatten.

Assad ist aber nicht der einzige Verlierer in dieser Situation. Denn als weiterer Verlierer gilt vor allem der Iran, der – wie diverse andere internationale Akteure – seit 2011 in den Syrien-Konflikt involviert ist und bislang zu den wichtigsten Verbündeten der syrischen Regierung zählte. Die Islamische Republik betrachtete ihr Engagement in Syrien als Kampf gegen die USA und Israel sowie um Einflussphären im Nahen Osten.

Der Machtwechsel in Syrien ist für Teheran daher ein geopolitisches Fiasko und zugleich ein weiterer herber Rückschlag in der Region, nachdem bereits die iranischen Verbündeten von der Hamas und der Hisbollah in diesem Jahr schwere militärische Niederlagen im Gazastreifen und dem Libanon hatten hinnehmen müssen. Dadurch ist das militärische Potenzial des Iran inzwischen geschwächt und sein Einfluss auf die östliche Mittelmeerregion jetzt in Frage gestellt.

Im Iran selbst könnte dies noch mehr kritische Stimmen bezüglich der eigenen politischen Führung hervorrufen, da in der Gesellschaft bereits breiter Unmut über die schwierige ökonomische Situation im Land herrscht. Insofern kommen Bilder und Videoaufnahmen, die zeigen, wie bewaffnete Kämpfer die iranische Botschaft in Damaskus stürmen und danach plündern, nicht gerade zur richtigen Zeit.

Iraner sehen die Schuld bei Assad

Die Führung in Teheran bemüht sich daher um Schadensminimierung und versucht, bestimmte Annahmen hinsichtlich der Katastrophe in Syrien geradezurücken. So hat der iranische Außenminister Abbas Araghtschi in einem Fernsehinterview am Montag klargestellt, dass der Iran keine Anfrage von Assad bezüglich militärischer Hilfe im Kampf gegen die vorrückenden Einheiten der Opposition erhalten habe. Deshalb hat Teheran auch keine regulären iranischen Truppen nach Syrien verlegt. "Die syrische Regierung hat das auch nicht von uns erwartet, weil dieses Thema mit den inneren Angelegenheiten Syriens, den Beziehungen der Regierung zu den Oppositionsgruppen und dem Volk des Landes zusammenhing", sagte der Minister.

Araghtschi betont, dass die iranische Führung alle Informationen zur Sicherheitslage mit Damaskus stets geteilt habe, trotzdem war die jüngste Entwicklung im arabischen Krisenland unerwartet gewesen – vor allem die Unfähigkeit der syrischen Streitkräfte im Kampf gegen Terroristen. Auch Assad habe sich vom Zustand seiner Armee überrascht gezeigt.

Diesbezüglich berichten russische Medien unter Verweis auf die staatliche iranische Nachrichtenagentur *Fars*, dass die syrische Armee aus verschiedenen Gründen keine Motivation mehr hatte, den Kampf gegen die Terroristen weiterzuführen. Wobei auch die Unterstützung des syrischen Volkes für seine Armee in den vergangenen Jahren zurückging.

Doch der Hauptgrund für raschen Sturz der Regierung Assad ist laut *Fars* jedoch die veränderte Haltung des syrischen Präsidenten in Bezug auf den Westen gewesen. Assad war offen für eine Annäherung an die westlichen Staaten und die syrische Opposition, weshalb ihn der geistliche

Führer des Iran, Ajatollah Ali Chamenei, bei ihrem letzten Treffen im vergangenen Juni ausdrücklich gewarnt hatte.

Bis zuletzt habe Teheran die Assad-Führung von der iranischen Sicht der Dinge überzeugen wollen, heißt es. Assad beging aber einen fatalen Fehler, indem er sich zuerst auf Versprechen anderer arabischer Länder sowie des Westens verließ und dann zu spät erkannte, dass es sich um leere Versprechen seiner Feinde handelte. Er habe zudem iranische Vorschläge ignoriert, obwohl man ihn vor Beginn der Kampfhandlungen im Libanon wiederholt vor einem Erstarren der Terroristen gewarnt hatte. Dennoch soll Teheran ernsthaft entschlossen gewesen sein, Damaskus zu stärken. Dies belegt die Anwesenheit iranischer Beamter auf höchster Ebene, um Assad zu beraten.

* * *

Nach Umsturz in Syrien: Wird der neue Nahe Osten von Türkei und Israel dominiert?

<https://dert.site/der-nahe-osten/229132-nach-umsturz-in-syrien-wird/>

11.12.2024

Syrien droht nun ins Chaos zu stürzen. Die aktuelle Lage würde Sicherheitsbedenken der Türkei verstärken. Ein militärisch neutralisiertes Syrien würde jedoch die Macht Israels im Nahen Osten weiter drastisch erhöhen.

Von Armin Schmitt

Es war eine der erstaunlichsten Wendungen in dem fast 14 Jahre andauernden Syrien-Konflikt, als islamistische Milizen in den vergangenen Tagen in einer Blitzoffensive Damaskus eingenommen hatten. Mit dem Sturz des Präsidenten Baschar Assad durch die Miliz Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) wurde eine neue Ära im Nahen Osten eingeläutet, die gravierende Folgen für die Region und die Weltpolitik haben wird. Assad hatte in den vergangenen Jahren im Zuge des Syrien-Konflikts mithilfe Russlands, Irans und der Hisbollah zwei Drittel des Staatsgebiets von islamistischen Rebellen zurückerobert. In nur wenigen Tagen überrannten Islamisten nun die durch die syrische Regierung kontrollierten Gebiete, ohne auch nur einmal auf Widerstand vonseiten der syrischen Armee zu stoßen.

Der Sturz Assads dürfte zu einem erheblichen Einflussgewinn für die Türkei in der Region führen. Zwar steht nur ein Teil der siegreichen Islamisten unter ihrer direkten Kontrolle. Doch auch zu der islamistischen Gruppe HTS bestehen seit Langem über den Geheimdienst Verbindungen. Ein islamistisch grundiertes Regime in Damaskus wäre ideologisch in Erdoğan's Sinne. Ankara will sich zum Amtsantritt des gewählten US-Präsidenten Trump als unverzichtbarer Gesprächspartner für die USA in der Region etablieren. Die Türkei dürfte nun darauf drängen, dass der quasi-autonome Status der kurdisch dominierten Gebiete im Nordosten Syriens revidiert wird.

Die Türkei pflegte im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings 2011 enge Kontakte zur Muslimbruderschaft, während die ultrakonservativen arabischen Staaten auf dem Status quo in der Region beharrten. Nun will Ankara in das Vakuum vorstoßen, das die Iraner in der Levante hinterlassen haben. Die Türkei will die Muslimbruderschaft in der Region wiederbeleben und damit faktisch die von Iran angeführte Achse des Widerstands schwächen. Das Wiedererstarken der Muslimbruderschaft in der Levante beobachten die reichen Golfstaaten bereits mit Sorge.

Hauptgewinner des Assad-Endes ist Israel. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu wirft Baschar Assad in seiner jüngsten Rede zum Waffenstillstand mit der Hisbollah vor, mit dem Feuer zu spielen. Nach dem Einmarsch der Islamisten in Damaskus prahlte Netanjahu damit, dass Assads

Sturz ein direktes Ergebnis der Schläge sei, "die wir dem Iran und der Hisbollah versetzt haben". Dies habe eine "Kettenreaktion" in Nahost ausgelöst.

Es wird nun erwartet, dass Israel die Pufferzone zwischen beiden Staaten auf den Golanhöhen erweitert und damit faktisch weitere syrische Gebiete besetzt. Derzeit befinden sich IDF-Truppen auf dem Einmarsch in Richtung Damaskus. Viel spricht längst dafür, dass Israel mit Gewaltanwendung bereit ist sich Gebiete seiner Nachbarländer einzuverleiben, ohne sich Gedanken über das Völkerrecht zu machen. Zugleich bombardiert Israel seit dem Sturz Assads ununterbrochen Waffenlager in Syrien. Netanjahu befahl bereits die fast restlose Zerstörung der militärischen Fähigkeiten des Nachbarlandes. Laut der israelischen Armee wurden mehr als 480 Ziele in Syrien bombardiert. Die Marine des Nachbarlandes wurde laut Israels Verteidigungsminister Israel Katz praktisch komplett versenkt. Der US-Verbündete Israel griff Forschungszentren, Waffenlager, Marine-Schiffe, Flughäfen und Luftflotten in Syrien an. Damit warf Israel Syrien verteidigungstechnisch Jahrzehnte zurück.

Syrien droht nun ins Chaos zu stürzen. Es bleibt erstmal völlig unklar, ob die Islamisten unter der Führung der HTS in der Lage wären, regierungsfähig zu agieren. Sie würden in einem Zusammenspiel mit dem türkischen Geheimdienst in kurdische Gebiete in Nordostsyrien einmarschieren, um dort die autonome Regierung zu zerschlagen. Kurden würden sich wohl dagegen wehren. Die Assad-Gegner im islamistischen Lager sind untereinander zerstritten. Die Brigaden, die aus der Südpfanz Daraa in Richtung Damaskus marschierten, haben wenig für die Islamistenmilizen aus dem Norden übrig. Die Islamisten und Rebellen in Südsyrien scheinen sich der Herrschaft der HTS nicht zu unterwerfen und ihren eigenen Weg gehen zu wollen. Das Chaos in Syrien wird das Sicherheitsbedenken der Türkei verstärken. Ein militärisch neutralisiertes Syrien würde jedoch die Macht Israels im Nahen Osten weiter drastisch erhöhen.

* * *

Die Präsidentschaftswahl in Rumänien und die Sorge um die Demokratie

<https://dert.site/europa/229147-praesidentschaftswahlen-in-rumaenien-besorgnis-um/>
12.12.2024

Innerhalb von weniger als zwei Wochen hat Rumänien drei erhebliche politische Erdbeben erlebt. Das jüngste ist besonders besorgniserregend für den Zustand der Demokratie in dem Land, das seit dem Jahr 2007 Mitglied der EU ist.

Von Pierre Levy

Am 24. November waren die 18 Millionen Wähler aufgerufen, ihren neuen Präsidenten zu wählen. Das bisherige Staatsoberhaupt Klaus Iohannis (rechts) trat nicht mehr zur Wiederwahl an. In diesem ersten Wahlgang haben die Bürger alle Prognosen und Umfragen auf spektakuläre Weise umgestürzt. Bei einer Wahlbeteiligung von 52,3 Prozent (plus 1,4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019) lag ein völlig unbekannter Mann, Calin Georgescu, mit 22,9 Prozent der Stimmen an der Spitze.

Der 63-jährige Ingenieur ohne politische Erfahrung, der als rechtsextrem (ein Etikett, das er bestreitet) oder populistisch eingestuft wird, führte seinen Wahlkampf fast ausschließlich über soziale Netzwerke, insbesondere über TikTok. Mit unter anderem zwei Themen: Kaufkraft, aber vor allem Widerstand gegen die von der EU an Kiew geleistete Militärhilfe und das Anprangern der damit verbundenen Gefahr einer Ausweitung des Krieges.

Er plädierte dafür, den Frieden zwischen der Ukraine und Russland auf diplomatischem Wege zu erreichen, was ihm sofort die Stigmatisierung als "prorussisch" einbrachte und den Vorwurf, er wolle das Land aus der EU und der NATO herausführen. Sehr bedeutsam ist, dass Herr Georgescu seine besten Ergebnisse in den Gemeinden an der Grenze zur Ukraine erzielte, was beweist, dass die Wähler besonders sensibel auf die Gefahr reagierten, dass das Land in einen militärischen Konflikt hineingezogen werden könnte.

Sein Erfolg ist auch auf die massive Ablehnung zurückzuführen, die die beiden favorisierten Kandidaten aus den beiden politischen Gruppierungen erfuhren. Sie beherrschen das Land seit drei Jahrzehnten, entweder abwechselnd oder in einer Koalition, wie es ab dem Jahr 2021 der Fall war.

Marcel Ciolacu, der amtierende Premierminister und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (PSD), konnte nur 19,1 Prozent der Wähler auf sich vereinen. Und für Nicolae Ciuca, den Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei (PNL, rechts), der die Regierung bis zum Jahr 2023 führte, war die Ohrfeige noch härter, da er nur 8,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte.

Die beiden bisher dominierenden Parteien wurden von einer Art Degagismus weggefegt, von dem auch Elena Lasconi (ein wenig) profitierte, die Anführerin der kleinen liberalen und EU-freundlichen Zentrumspartei Union Rettet Rumänien (USR). Mit 19,2 Prozent der Stimmen lag sie um Haaresbreite (3.000 Stimmen) vor Herrn Ciolacu und schaffte es damit, für die zweite Runde kandidieren zu dürfen. Während ihres Wahlkampfs hatte sie nicht gezögert, "35 Jahre schlechte Politik" anzuprangern, was sie jedoch nicht daran hinderte, nach Bekanntwerden der Ergebnisse eine proeuropäische "Regierung der nationalen Einheit" zu fordern, um Calin Georgescu zu blockieren.

Zumal letzterer nicht der Einzige war, der gegen Rumäniens militärisches Engagement zugunsten Kiews plädierte. George Simion, Vorsitzender der Partei Allianz für die Einheit der Rumänen (AUR, oft auch als rechtsextrem eingestuft), erhielt 13,9 Prozent der Stimmen.

Er begrüßte sein Ergebnis und das von Herrn Georgescu sofort: "Zusammen machen unsere Ergebnisse fast 40 Prozent der Stimmen aus. Das ist eine Stimme für den Souveränismus." Der Kandidat mit den meisten Stimmen bestätigte dies: "Die wirtschaftliche Unsicherheit hat sich in eine politische Unsicherheit verwandelt. Mein Sieg ist Ausdruck des Erwachens eines Volkes, das es leid ist, gedemütigt zu werden." Die Korruption und der Klientelismus, die unter der PSD-PNL-Herrschaft florierten, trugen ebenfalls zum Erfolg der "Anti-System"-Kandidaten bei.

Dieser Erfolg wurde – das ist das zweite Erdbeben – bei den Parlamentswahlen am 1. Dezember bestätigt, die zwischen den beiden Runden der Präsidentschaftswahlen angesetzt worden waren und an denen 52,5 Prozent der Wähler teilgenommen haben (plus 21 Prozentpunkte im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2020!). Die PSD bleibt mit 22 Prozent der Stimmen stärkste Partei, fällt aber um fast sieben Prozentpunkte. Mit 13,2 Prozent stürzt die PNL am dramatischsten ab und verliert 12 Punkte.

Im Gegensatz dazu springt die AUR, die bereits vor vier Jahren das souveränistische Lager verkörperte, von 9,1 Prozent auf 18 Prozent und wird zur zweitstärksten Kraft im Land. Mit 7,4 Prozent beziehungsweise 6,5 Prozent schafften zwei Parteien, die im Jahr 2020 noch nicht existierten, den Sprung ins Parlament. SOS Rumänien und die Jugendpartei, die als "prorussisch" eingestuft werden, verstärken die Befürworter der Einstellung der Militärhilfe und der Opposition gegen die Europäische Union, wodurch die Stimmen dieses Lagers zusammen auf 32 Prozent, fast ein Drittel der Wählerschaft, ansteigen. Die Leiterin von SOS Rumänien war im Übrigen von den Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen worden, weil sie laut Verfassungsgericht "antisemitische" Äußerungen und Propagandareden zugunsten des Kremls gehalten habe.

Elena Lasconi, die gehofft hatte, von ihrem zweiten Platz aus der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen zu profitieren, wurde enttäuscht: Mit 12,4 Prozent der Stimmen fiel ihre liberale, EU-freundliche Partei USR um drei Prozentpunkte zurück.

Rumänien hat somit eine zersplitterte Nationalversammlung, in der das Pro-EU-Lager schwächelt und gespalten ist, während ihre Gegner im Aufwind sind. Die Sozialdemokraten haben ein Bündnis mit Simions AUR ausgeschlossen; und die PNL, die ihr Bündnis mit der PSD zwei Monate vor den Wahlen aufgekündigt hatte, lehnte im Voraus jede weitere Beteiligung an einer Großen Koalition ab. Die derzeitige parlamentarische Konstellation dürfte die Bildung einer stabilen Mehrheit daher sehr komplex machen.

Der Schock, der durch das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen ausgelöst wurde, könnte die proeuropäischen Kräfte jedoch dazu veranlassen, ihre Reihen zu schließen. Das Land ist vor allem aufgrund seiner geografischen Lage eine echte Drehscheibe, über die Waffen, Munition und Ausrüstung in die Ukraine transportiert werden. Außerdem befinden sich auf seinem Boden mehrere NATO-Stützpunkte, von denen einer unter französischem Kommando steht (mit rund 1.000 Soldaten aus der Trikolore).

Dass Rumänien "in die Hände prorussischer Kräfte fällt" oder sich zumindest einem ähnlichen Kurs wie dem des ungarischen Premierministers Viktor Orban anschließt, wollen die prowestlichen Staaten um jeden Preis verhindern. Der scheidende Präsident behämmerte feierlich, das Land stehe vor einer "existenziellen Wahl": entweder "ein Land der Freiheit" und "eine moderne europäische Nation" zu bleiben oder "in eine schädliche Isolation zu versinken und an eine dunkle Vergangenheit anzuknüpfen".

Diese Rede hatte kaum Chancen, die Wähler zu überzeugen. Das Verfassungsgericht rief dann das dritte Erdbeben hervor ... indem es die erste Runde der Präsidentschaftswahlen einfach annullierte und anordnete, dass der Prozess Anfang nächsten Jahres neu angesetzt wird.

Die Entscheidung, die weniger als zwei Tage vor der für den 8. Dezember angesetzten zweiten Runde verkündet wurde, hat den Verdacht auf russische Einflussnahme, die die Wahl verfälscht habe, in den Vordergrund gestellt und sich auf einen Geheimdienstbericht, der vom scheidenden Präsidenten gerade deklassifiziert wurde, gestützt. Insbesondere das soziale Netzwerk TikTok habe möglicherweise vom Kreml angetriebene Algorithmen, die Calin Georgescu begünstigt hätten, nicht entdeckt.

Dieser verurteilte umgehend "einen organisierten Staatsstreich" und hämmerte: "Das rumänische Volk ist souverän und niemand kann mich aufhalten (...) Ich bin dabei, eine Seite der Geschichte zu schreiben, die das derzeitige System nicht auslöschen kann." Selbst einige Vertreter des prowestlichen Lagers distanzieren sich von dieser beispiellosen Entscheidung. Vielleicht, weil Herr Georgescu, der in den (zugegebenermaßen fragwürdigen) Umfragen bereits weit vorn liegt, zu gegebener Zeit durch sein Image als Opfer von Willkür gestärkt werden könnte.

War das der Grund, warum Elena Lasconi, die in der zweiten Runde gegen ihn antreten sollte, ebenfalls protestierte und meinte, dass "heute der rumänische Staat die Demokratie in die Knie gezwungen hat"?

Dennoch fand sich eine politische Partei, die den Gerichtshof verteidigte, dessen Unabhängigkeit von den Bürgern zunehmend infrage gestellt wird. Ein führender Vertreter der PNL, Sebastian Burduja, erklärte: "Ein prorussischer Kandidat darf die enormen Anstrengungen, die Rumänien für die euro-atlantische Integration unternommen hat, nicht einfach in den Papierkorb werfen." Dies ist

zumindest ein Verdienst der Offenheit und Klarheit.

Brüssel, das oft schnell dabei ist, Lektionen in Sachen Demokratie zu erteilen, glänzte seinerseits durch Diskretion. Man kann sich jedoch vorstellen, wie groß die Empörung gewesen wäre, wenn – beispielsweise in Georgien – das EU-freundliche Lager die Wahlen deutlich gewonnen hätte, ein regierungsnahes Gericht jedoch die Annullierung der Wahlen mit der Begründung angeordnet hätte, der Westen habe versucht, das Ergebnis zu beeinflussen ...

Wie dem auch sei, mit einer weitgehend rebellischen Wählerschaft in einem strategisch wichtigen Mitgliedstaat, einem zersplitterten Parlament und einer bevorstehenden Präsidentschaftswahl, bei der der gefürchtete Kandidat seine Chancen erhöht zu haben scheint, muss sich Brüssel Sorgen machen.

* * *

Meinung

Telepolis: Es lebe die retroaktive Zensur!

<https://dert.site/meinung/228641-telepolis-es-lebe-die-retroaktive-zensur/>

06.12.2024

Die derzeitige Neigung, Informationen nur noch höchst gefiltert zugänglich zu machen, beschränkt sich nicht auf die Gegenwart. Das Internetmagazin Telepolis, einst ein Medium mit beachtlicher Bandbreite, wird nun rückwirkend zensiert.

Von Dagmar Henn

Alte Fans des Portals wird diese Meldung erschrecken: Der derzeitige Chefredakteur des Magazins *Telepolis*, Harald Neuber, hat unter der Überschrift "Qualitätsoffensive: *Telepolis* überprüft historische Artikel" ein wichtiges, frei zugängliches Archiv geschlossen und gleichzeitig angekündigt, rückwirkend zu zensieren.

Telepolis war über viele Jahre hinweg, als die meisten heute bekannten Alternativmedien noch nicht existierten, etwa bei der Einführung von Hartz IV, eine der wichtigsten Informationsquellen, wenn man eine andere Sicht als die in den Leitmedien gebotene wollte. Es hatte keine politisch einheitliche Ausrichtung, sondern eine große Bandbreite; wichtig war aber, dass in der Regel die Quellen verlinkt waren, sodass man sich selbst ein Bild machen und mit dem vorhandenen Material sogar weiterarbeiten konnte. Das reichte von alternativen Wirtschaftstheorien über soziale Themen bis hin zu Technik und Geschichte; *Telepolis* war für viele ein täglicher Ankerpunkt.

Gelegentlich fanden sich besondere Perlen. So half *Telepolis* (beziehungsweise sein ehemaliger Chefredakteur Florian Rötzer) beispielsweise, einen – auch im Zusammenhang mit der aktuellen Lage – politisch wichtigen Dokumentarfilm in Deutschland zugänglich zu machen, "Der Fall Magnitzki" von Andrei Nekrassow. Magnitzki, ein russischer Steueranwalt, wurde in den USA sogar zum Namensgeber für ein gegen Russland gerichtetes Gesetz, weil sein ehemaliger Arbeitgeber, der Investor Bill Browder, erklärt hatte, die russische Polizei habe ihn ermordet, um einen Skandal zu vertuschen.

Nekrassow hatte lange zu der Geschichte recherchiert, um am Ende der Recherchen zu dem Schluss zu kommen, dass der zweifelhafte Geschäftsmann in der Geschichte Browder hieß und Magnitzki in dessen Machenschaften verstrickt gewesen sei. Dieser Film war ursprünglich für *Arte* produziert worden, wurde von diesem Sender aber kurzfristig abgesetzt, weil er der offiziellen Erzählung widersprach. Das geschah bereits 2016. Mehr noch, *Arte* weigerte sich nicht nur, ihn auszustrahlen, sondern bemühte sich auch, seine Verbreitung zu verhindern.

Telepolis sorgte dafür, dass er in – zugegeben kleinen – Aufführungen gezeigt werden konnte. Ein kleines Beispiel, wie wichtig derartige Portale sein können. Auch in anderen Zusammenhängen – beispielsweise in Bezug auf den Donbass ab 2014 – war *Telepolis* eine Ausnahme. Leider stellte sich mit dem Wechsel des Chefredakteurs 2021 heraus, dass dem nicht so blieb.

Harald Neuber, der neue Chefredakteur, sollte eigentlich, wenn man seine Vita betrachtet, nicht allzu viel Schaden anrichten. Er war Mitarbeiter der Linken-Abgeordneten Heike Hänsel, gründete einst das Lateinamerika-Nachrichtenportal *Amerika21* mit und war in diversen Krisenregionen journalistisch tätig. Allerdings passte sich das Portal sichtbar an, gerade in Bezug auf alles, was mit

der NATO und ihren Narrativen zu tun hat.

Inzwischen hatte *Telepolis* aber genug Konkurrenz bekommen, dass diese Veränderung nicht mehr über das Portal selbst hinausreichte. Die alten Artikel waren jedoch nach wie vor für allerlei Recherchen nützlich, auch wenn sie mit einem Warnhinweis versehen wurden, sie seien nicht nach den derzeit gültigen Richtlinien erstellt worden.

Jetzt wird jedoch in der Vergangenheit niedergerissen. Was nicht nur einen Verlust an Information darstellt, der bedauerlich genug ist. Es ist ein Versuch, die Vergangenheit zu fälschen. Denn im Gegensatz zu Printmedien ist ein Onlinemedium wie *Telepolis*, außer, es hätten sich größere Teile auf Archivseiten verirrt, stets sein eigenes Archiv. Ohne zusätzliche abgesicherte Kopien in der Bayerischen Staatsbibliothek und den anderen Pflichtbibliotheken. Bei einer gedruckten Zeitung liegen die Pflichtexemplare mit der Veröffentlichung in den Archiven, und wenn einer künftigen Redaktion das, was zehn Jahre vor ihrer Inthronisierung geschrieben wurde, nicht mehr gefällt, ist daran nichts zu ändern. Neuber will die Geschichte umschreiben.

Ich habe vor vielen Jahren einmal Exemplare der *Vossischen Zeitung* aus dem Jahr 1919 durchstöbert, weil ich etwas über die Atmosphäre zur Zeit der Januarkämpfe in Berlin erfahren wollte. Das überzeugendste Detail, über das ich gestolpert bin, war ein Gedicht in einer Werbeanzeige der Berliner Pferdemetzger, das gereimt den Verzehr von Pferdefleisch als revolutionäre Tat anpries. Seitdem ist das mein persönliches Beispiel dafür, was Antonio Gramsci mit Hegemonie meinte.

Die *Vossische Zeitung* hätte, wäre sie so gepolt wie Neuber heute, diese Seiten einige Monate später aus ihren Archivexemplaren herausreißen lassen, und ich wäre gute 65 Jahre später nicht darauf gestoßen. Mit die interessantesten historischen Informationen ergeben sich aus Material, das die Zeitgenossen gar nicht für einen Informationsträger halten.

Was besagen soll: Die Pflicht, die vergangenen Ausgaben authentisch zu erhalten und nicht in die Vergangenheit zensorisch einzugreifen, sollte jedem klar sein, der in Medien tätig ist und vielleicht irgendwann im Zusammenhang mit historischen Zeiträumen versucht hat, sie unmittelbar zu erfassen. Es ist eines der großen Risiken digitaler Information, dass ältere Informationen im Handstreich vernichtet werden können, statt angemessen aufbewahrt und verfügbar gemacht zu werden.

Dass es ausgerechnet der Chefredakteur eines Magazins ist, das als intellektueller Ableger eines Verlags für Computerzeitschriften traditionell eigentlich auch eine kritische Sicht auf den Umgang mit Daten pflegte, der jetzt diesen Schritt tun will, die Vergangenheit zu "bereinigen", ist erschreckend. Denn was Neuber da tut, ist nichts anderes als eine digitale Version der Bücherverbrennung.

* * *

Wahleinmischung der EU in Rumänien: Demokratie als Brüsseler Farce

<https://dert.site/meinung/228674-wahleinmischung-eu-in-rumaenien-demokratie/>

07.12.2024

Das Oberste Gericht Rumäniens hat die Wahlen annulliert. Russland soll sich zugunsten eines NATO-kritischen Kandidaten eingemischt haben. Nur fehlt in der Begründung jeder Bezug zu Russland. Es ist ein Gefälligkeitsurteil für Brüssel. Dort hält man von demokratischen Wahlen nichts.

Von Gert Ewen Ungar

Die Annullierung der ersten Runde der rumänischen Präsidentschaftswahl durch das Oberste Gericht hat mehr als nur einen Beigeschmack. Sie ist der offenkundige Versuch, Wahlergebnisse, die den Plänen der Brüsseler Technokratie zuwiderlaufen, zu ändern. Dass die Entscheidung des rumänischen Obersten Gerichts unabhängig und objektiv gefällt wurde, kann aus gutem Grund bezweifelt werden.

Nicht nur der Gewinner der ersten Runde der Präsidentschaftswahl, Călin Georgescu, kritisiert die Entscheidung scharf. Auch seine Herausforderin hält sich mit Kritik nicht zurück. Sie spricht von einem schweren Schlag gegen die Demokratie.

Tatsächlich zeigt Brüssel in diesen Tagen ganz offen, was es von Demokratie, Wahlen und staatlicher Souveränität hält: nichts. In Georgien gibt es wenig Anlass zu der Annahme, die Wahlen seien gefälscht. Die Partei Georgischer Traum hat die Wahl aus guten Gründen gewonnen, denn sie fährt einen wirtschaftspolitisch erfolgreichen Kurs. Die Partei versucht, das Land in seinem eigenen Interesse ausgewogen zwischen der EU, Russland und China zu positionieren. Russland und China haben dagegen nichts einzuwenden, die EU hingegen schon.

Das macht deutlich, wo die Autokraten wirklich sitzen. Die EU fordert die Umsetzung der antirussischen Sanktionen und die Unterordnung georgischer Interessen unter die Vorgaben aus Brüssel. Diese stellen einen klaren Nachteil für Georgien dar. China und Russland stellen an Georgien keine Forderungen, sondern machen Angebote zur Kooperation. Welches Modell attraktiver ist, liegt auf der Hand.

Obwohl das Wahlergebnis in Georgien rational erklärbar ist und es keine konkreten Hinweise auf Manipulation gibt, will die EU eine Wiederholung der Wahl erzwingen. Sie unterstützt ganz offen die gewalttätigen Proteste einer Minderheit. Die Bilder von randalierenden Demonstranten sollen den Eindruck erwecken, dass die Mehrheit der Georgier gegen die Regierung opponiert. Über das, was eine Mehrheit will, wird allerdings nicht mit Molotow-Cocktails und Feuerwerkskörpern, sondern in freien, gleichen und geheimen Wahlen entschieden. Die Demokratieschwurbler in der EU haben diesen Grundsatz schlicht vergessen.

Keine Zweifel hatte Brüssel dagegen am Wahlergebnis in Moldawien, obwohl es dort nachweislich zu Manipulationen kam. Die in Russland lebende Diaspora wurde systematisch benachteiligt. Da das Ergebnis allerdings mit den Interessen Brüssels übereinstimmte, wurde es nicht infrage gestellt. Die EU feierte Moldawien, vor allem aber sich selbst.

Mit Rumänien betrifft die Brüsseler Demokratie-Farce nun ein EU-Land direkt. In einem Akt der Einmischung hat Brüssel Zwangsmaßnahmen gegen die Videoplattform TikTok verhängt. Eigenmächtig wohlgemerkt. Es gab keine Anfrage oder gar Bitte um Unterstützung vonseiten Rumäniens. Die EU fühlt sich zur Einmischung berechtigt. Die formale Grundlage dafür bildet der Digital Services Act, der die Regulierung und Kontrolle von Internetplattformen an Brüssel überträgt.

Die EU behauptet, Russland hätte sich zugunsten des NATO-kritischen Kandidaten Călin Georgescu in die Wahlen eingemischt. Georgescu lehnt zudem eine weitere Unterstützung der Ukraine ab. Im Vorfeld galt er als Außenseiter, konnte aber die erste Wahlrunde für sich entscheiden. Der Kurs Brüssels im Ukraine-Konflikt käme für den Fall seiner Präsidentschaft weiter unter Druck. Die Entscheidung für Georgescu zeigt zudem, wie unbeliebt der Brüsseler Kriegskurs unter den rumänischen Wählern ist.

Das rumänische Oberste Gericht schloss sich nun dem Verdacht der EU an. Dabei handelte es sich offensichtlich um ein Gefälligkeitsurteil, denn in der Begründung zur Annullierung der Wahlen findet sich kein einziger Hinweis auf russische Einflussnahme. Von allen Parteien wurden in den sozialen Netzwerken Kampagnen geschaltet, das ist richtig und ganz normal. Trotzdem entschied das Gericht, die Wahl müsse wiederholt werden.

Nicht nur der Sieger des ersten Wahldurchgangs, sondern auch die unterlegene Elena Lasconi kritisieren das Oberste Gericht scharf. Es sei ein Schlag gegen die Demokratie, kritisierte Lasconi und hat damit natürlich vollkommen recht. In der EU verkommt die Demokratie zur bloßen Dekoration, deren Wert vor allem dann hochgehalten wird, wenn sie den Brüsseler Machtinteressen dient. Ansonsten wird sie systematisch ausgehöhlt und untergraben.

Das Brüsseler Exempel an Rumänien und am rumänischen Wähler sollten auch die deutschen Wähler aufmerksam zur Kenntnis nehmen. Demnächst ist Bundestagswahl. Sollte dort am Ende ein Ergebnis stehen, das der EU-Kommission nicht passt, ist auch in Deutschland mit "Einmischungen" zu rechnen. Das Argument, russische Einmischung sei für ein unerwünschtes Wahlergebnis verantwortlich, zieht nämlich immer. Weil sich mit diesem Argument aber die Intervention Brüssels in jedem Fall legitimieren lässt, ist die Demokratie in den EU-Staaten faktisch tot. Brüssel hat die Macht ergriffen.

* * *

Assad ist Geschichte – Syrien steht vor einer ungewissen Zukunft

<https://dert.site/meinung/228799-assad-ist-geschichte-syrien-steht-vor-ungewisser-zukunft/>

08.12.2024

Die Herrschaft von Baschar al-Assad ist mit dem rasanten Fall von Damaskus zu Ende, er selbst möglicherweise tot. Die Aussichten für Syrien sind ungewiss und beunruhigend, schreibt Tatjana Montjan. Besondere Sorgen muss man sich um russische Staatsbürger machen, die das Land derzeit nicht verlassen können.

Von Tatjana Montjan

Die Herrschaft Baschar al-Assads ist Vergangenheit: Damaskus ist von Islamisten besetzt, Assad selbst könnte beim Absturz des Flugzeugs, mit dem er das Land verlassen wollte, getötet worden sein. Hier liegt alles im Dunkeln, aber zur Stunde gibt es kein öffentliches Lebenszeichen von ihm.

Der syrische Ministerpräsident Mohammad Ghasi al-Dschalali kooperiert Berichten zufolge mit den islamistischen Führern, um die Ordnung im Land aufrechtzuerhalten: Ein Video zeigt den Ministerpräsidenten, wie er zu Gesprächen geführt wird.

Die Lage in Damaskus ist natürlich nicht gerade ruhig: Die Straßen sind voller bewaffneter Menschen, irgendwo parken gepanzerte Fahrzeuge, und es sind Schüsse zu hören. Es handelt sich allerdings vor allem um Schüsse in die Luft – die Sieger jubeln.

Es sind übrigens nicht nur Anhänger der Islamisten, die jubeln: Selbst meine syrischen Freunde, vor kurzem überzeugte Assad-Anhänger, geben zu, dass die Lage in Syrien unter ihm in den letzten Jahren endgültig in eine Sackgasse geraten ist. Die Korruption hat selbst für syrische Verhältnisse ungeahnte Ausmaße angenommen, und die Regierung hat nicht einmal versucht, etwas dagegen zu unternehmen.

Einfach ausgedrückt: Das Assad-Regime hat den Rückhalt in der Bevölkerung mehr oder weniger

vollständig verloren, und in dieser Situation ist es leicht zu verstehen, warum sein Sturz so blitzschnell vonstättenging: Von den ersten Angriffen der Terrororganisation Haiat Tahrir asch-Scham in Nordsyrien bis zum Sturz und möglicherweise Tod von Assad sind weniger als zwei Wochen vergangen.

Wie es in Syrien weitergeht, bleibt offen.

Noch verhalten sich die Islamisten, die Assad besiegt haben, so loyal wie möglich gegenüber der lokalen Bevölkerung und sogar gegenüber Vertretern der alten Regierung. Polizeibeamte in Aleppo zum Beispiel wurden einfach aufgefordert, ihre Uniform zu wechseln und weiterzuarbeiten. Es ist jedoch schwer zu glauben, dass ehemalige Mitglieder von Al-Qaida und ISIS über Nacht Kreide gefressen haben.

Andererseits wird wohl niemand zulassen, dass Haiat Tahrir asch-Scham in Syrien uneingeschränkt herrschen kann: Höchstwahrscheinlich werden die interessierten Parteien versuchen, eine Koalitionsregierung zu bilden, die die Interessen der verschiedenen Gruppen berücksichtigt, und wenn dies scheitert (was sehr wahrscheinlich ist), könnte Syrien entweder in Einflusszonen (türkisch, amerikanisch, kurdisch, russisch und sogar israelisch) oder in nicht unabhängige Staaten aufgeteilt werden.

Heute sind die Aussichten vage und beunruhigend. Beunruhigend vor allem für unsere in Syrien lebenden Landsleute. Im Moment, ich wiederhole es, rührt sie niemand an, aber wer weiß, was als Nächstes passiert, wenn die neuen Herren des Landes allmählich auf den Geschmack des Herrschens kommen? Geplündert wird jedenfalls bereits.

Im Moment ist es unmöglich, Syrien zu verlassen: Die Grenzen sind geschlossen, der Flughafen in Damaskus funktioniert nicht mehr. Man verspricht, dass die Schließung nur ein paar Tage dauern wird, aber wer weiß das schon?

Tatjana Montjan ist eine ukrainische Rechtsanwältin und Strafverteidigerin, Publizistin und Bloggerin. Vor Beginn der russischen militärischen Intervention musste sie Kiew verlassen, nachdem sie vor der UNO über die Zustände in der Ukraine gesprochen hatte. Derzeit lebt sie im Donbass, engagiert sich für humanitäre Hilfe und führt Videoblogs. Man kann ihr auf ihrem Telegram-Kanal folgen.

* * *

Warum der Fall Syriens deprimiert und warum die Hoffnung jetzt nicht sterben sollte

<https://dert.site/meinung/228943-warum-fall-syriens-deprimiert-und-warum-hoffnung-lebt/>

09.12.2024

Die Niederlage des globalen Freiheitskampfes in Syrien zu leugnen oder herunterzuspielen wäre unaufrichtig, die darauf gerichteten Versuche wirken auch sehr unbeholfen. Es gibt nichts daran herumzudeuteln: Es ist eine schallende Ohrfeige und ein schwerer Schlag mit noch unvorhersehbaren Folgen.

Von Alexej Danckwardt

Der rasante Fall des säkularen, laizistischen Syriens, von seinen Feinden und ihren bewussten oder auch nur schlecht informierten Unterstützern im Westen "Assad-Regime" genannt, kam für alle, die auf ein baldiges Ende der erdrückenden westlichen Hegemonie über unseren Planeten hoffen, wie

ein Schock. Unter den Gegnern des US-Imperiums dominieren spätestens seit Sonntag, dem Tag, an dem Damaskus in die Hände islamistischer Dschihadisten fiel, deprimierte Reaktionen und Ratlosigkeit.

Das ist verständlich, denn Syrien war der erste Fels, an dem sich die Welle der von den USA inszenierten Farbrevolutionen des sogenannten "Arabischen Frühlings" zerschlug. Das Imperium musste erstmals seit dem Debakel in der Schweinebucht erleben, dass es nicht allmächtig ist, und wir alle schöpften daraus Hoffnung. Sein menschenverachtendes Ziel, eine ganze Weltregion in blutiges Chaos und Barbarei zu stürzen, schien ab etwa 2018 – wenn auch mit viel Kraftaufwendung und großen Opfern – abgewehrt. Widerstand lohnte sich und das machte Halbkolonien und den Völkern, die zum nächsten Opfer der mächtigen imperialen Dampfwalze auserkoren waren, Mut für ihren jeweiligen lokalen und den gemeinsamen, globalen Freiheitskampf.

Die Gewissheit, ein Land und die Vielfalt seines Volkes vor den Begehrlichkeiten der europäisch-nordamerikanischen Räuber und ihres willfähigen kopfabnehmenden Fußvolkes erfolgreich verteidigt zu haben, besteht seit Sonntag nicht mehr. Von Trump und Biden bis Macron und Scholz, die triumphierenden Reden der Sprechköpfe des Imperiums sind heute ebenso ohrenbetäubend wie die "Allahu akbar"-Rufe und das sie begleitende Gewehrfeuer in Damaskus.

Die Aussichten für andere Völker wirken trübe. Donald Trump hat die nächsten Ziele schon benannt: Iran und Russland. Der scheidende US-Präsident Joe Biden nannte sie auch und lobte sich selbst dafür, diese beiden Gegenspieler so geschwächt zu haben, dass sie Syrien nicht mehr helfen konnten. Das Imperium lässt sich von Niederlagen nicht beirren, es verfolgt seine Ziele unbeeindruckt weiter und arbeitet die Liste der zur Zerstörung und Versklavung auserkorenen Länder planvoll und mit großem Geschick ab. Es scheut weder Geld noch Mühen, und seine Strategien gehen auf, und zwar auf atemberaubend beeindruckende Weise. Das ist das vordergründige Fazit der zurückliegenden Tage und Wochen.

Die Niederlage des globalen Freiheitskampfes jetzt zu leugnen oder herunterzuspielen, wäre unaufrichtig, die darauf gerichteten Versuche wirken auch sehr unbeholfen. Es gibt nichts daran herumzudeuteln: Es ist eine schallende Ohrfeige und ein schwerer Schlag mit noch unvorhersehbaren Folgen nicht nur für das syrische Volk. Das Einzige, was hilft, ist eine ehrliche Analyse der Ursachen. Die richtigen Lehren müssen hier und heute gezogen werden, um weitere Katastrophen zu vermeiden.

Das Auffälligste an dem Showdown ist: Syrien ist nicht im Kampf gefallen, es ist gefallen, weil es sich selbst aufgegeben hat. Keine einzige nennenswerte Schlacht wurde geführt, Städte wurden kampflos aufgegeben, die syrische Armee und die Sicherheitskräfte des "Regimes" haben sich jedes Mal praktisch in Luft aufgelöst, in Aleppo, in Hama, in Homs, in Damaskus ... Das nährt Spekulationen um Verrat im Inneren, und wir werden früher oder später mit Sicherheit mehr dazu erfahren.

Doch Verrat ist keine ausreichende Erklärung, er allein hätte bei der Vielfalt der Akteure im syrischen Bürgerkrieg nicht das Bild ergeben, das wir uns 14 Tage und Nächte lang ansehen mussten. Erinnern wir uns: Russland ist 2015 der völkerrechtlich legitimen syrischen Regierung zur Hilfe geeilt, weil sich die Syrer bis dahin tapfer, ja heldenhaft geschlagen hatten. Dass der damalige Kampfgeist jetzt nicht mehr vorhanden war, kann nur damit erklärt werden, dass Assad zwar den Krieg gewonnen, wohl aber den Frieden verloren hat.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes kam nicht voran, die Lebensqualität des einfachen Syrers war 2024 vielfachen übereinstimmenden Zeugnissen zufolge schlechter als im schlimmsten

der Bürgerkriegsjahre. Auch von grassierender Korruption wird berichtet. Und um die Lösung der politischen Probleme des Landes hat sich Assad ebenso wenig verdient gemacht: Eine das Land zusammenführende Verfassung wurde bis zuletzt nicht ausgearbeitet, Autonomielösungen für Minderheiten wie die Kurden lagen nicht auf dem Tisch, Versöhnungsversuche gab es nicht einmal auf der Ebene von Ritualen. Eine Generalamnestie für die Gegner im Bürgerkrieg hat es erst 2021 gegeben und man sagt, Moskau habe dafür Druck ausüben müssen. Etwas Geschichtsunterricht: In Sowjetrußland war der Bürgerkrieg nicht einmal vorbei, als die "blutrünstigen" Bolschewiki im Jahr 1921 die Generalamnestie für ihre Gegner, die "Weißen", verkündeten und die Todesstrafe im Jahr 1920 abschafften.

Sicher, bei alledem hätte Moskau noch mehr aufpassen und seine Hand am Puls der syrischen Gesellschaft halten müssen. Doch Russland kam nicht als Besatzungsmacht, und einen Oberlehrerton aus dem Kreml hätten die Syrer selbst nicht geduldet. Das ganz abgesehen davon, dass Russland aktuell ganz andere, existenzielle Sorgen hat. Mehr Einfluss hätte Teheran gehabt, aber Iran wusch am Montag seine Hände in Unschuld: Assad soll unbelehrbar gewesen sein, hieß es in einem Leitartikel in offizieller Presse.

Was den Aufbau der syrischen Wirtschaft anbelangt, so waren weder Moskau noch Teheran unter Sanktionsbedingungen in der Lage, mehr zu tun, als sie getan haben. Doch es gab jemanden, der mehr hätte tun können, und zwar spielend: Peking. Die Passivität und Halbherzigkeit der Volksrepublik beim Wiederaufbau Syriens sind auch die größte Enttäuschung der zurückliegenden sechs Jahre, in denen die syrische Chance verspielt wurde. Die chinesischen Genossen scheinen bis heute nicht verinnerlicht zu haben, dass es bei alledem auch um sie geht, und das nicht nur, weil sie die größten Profiteure einer multipolaren Weltordnung wären. Wenn sie weiter den "weisen" Affen aus der Fabel geben wollen, der beim Kampf des Tigers mit dem Krokodil auf einem Baum hockend zusieht, so sollte man sie daran erinnern, was Europäer in der "guten alten" Kolonialzeit so alles aus Affenköpfen zu basteln pflegten.

Das ausgeklügelteste "lange Spiel" endet prompt und unerwartet, wenn der Gegner einem das Spielbrett mit brachialer Gewalt auf den Kopf schlägt. Und das war schon immer der knapp vor dem Schachmatt gespielte "Spielzug" des Kollektiven Westens – haben die Genossen das etwa vergessen?

Im Moment vergießt nur das russische Volk das Blut seiner Söhne im Kampf gegen die Expansion des westlichen Imperiums. Niemand erwartet, dass China seine Soldaten nach Kursk oder Belgorod entsendet, und Russland hat auch keine andere Wahl als zu kämpfen, aber wenn sich das chinesische Engagement weiter auf diplomatisch dosierte Unmutsgesten gegenüber der deutschen Außenministerin beschränkt, muss Moskau schleunigst seine Strategie und seine China-Politik neu justieren. Wenn der Untergang ohnehin unvermeidlich ist, könnte es schon reizend sein, im letzten Atemzug den Deserteur und Blender, auf den man vergeblich zählte, zu bestrafen.

Eine weitere Lehre gibt es zu ziehen: Sowohl das Außenministerium Russlands als auch das offizielle Teheran in dem schon erwähnten Leitartikel deuten an, dass Assad sich zuletzt in Verhandlungen mit arabischen (waren da BRICS-Mitglieder dabei? Wenn ja, gilt es auch da einiges neu zu bewerten) und westlichen Ländern verstrickt hatte. Beide unterstreichen, dass weder Moskau noch Teheran daran beteiligt waren. Der iranische Leitartikel teilt sogar mit, dass man bis zur letzten Minute "hochrangige Berater" in Damaskus vorgehalten habe:

"Dieser Prozess setzte sich bis in die letzten Stunden des Sturzes von Assad fort. Die Anwesenheit iranischer Beamter auf höchster Ebene, die mit ihm zu verhandeln bereit waren, zeigte, dass Iran ernsthaft entschlossen war, Damaskus zu stärken. Doch Assad machte den strategischen – und für ihn selbst fatalen – Fehler, sich auf die Versprechungen

anderer arabischer Länder und des Westens zu verlassen."

Und das sind sie, die wichtigsten Lehren aus der syrischen Katastrophe:

1. Ein Krieg, den man gewinnt, muss bis zum vollständigen Sieg oder bis zur vollständigen und bedingungslosen Kapitulation des Gegners geführt werden. Jeder "eingefrorene" Konflikt pflegt – zum für einen selbst ungünstigen Zeitpunkt – wieder "aufzutauen".
2. Verhandlungen mit "Partnern", die für ihre Täuschungskünste bekannt sind, kann man führen. Man darf jedoch nie auf sie vertrauen und schon gar nicht darf man in Vorleistung gehen.
3. Das eigene Volk muss immer wissen, dass es für seine Zukunft kämpft, nicht für diejenige einer korrupten Oberschicht.
4. Jede Andeutung auf Verrat muss ausgemerzt werden, so früh und so konsequent, wie es nur irgend möglich ist.

Ansonsten gibt es – bis China erwacht – nur eine Erkenntnis, die Mut macht: Widerstand lohnt sich und der Westen ist nicht unbesiegbar. Das hat Syrien in den Jahren 2011 bis 2018 eindrucksvoll bewiesen. Und das hat es durch die Aufgabe des Widerstands im Jahr 2024 eben nicht widerlegt.

Und noch eins: Das russische Volk erlebte 1941 und 1942 bittere Niederlagen, die einen in die Verzweiflung trieben, zur Genüge. Es lernte aus ihnen, es lernte im Kleinen wie im Großen (mancher Befehl Stalins über militärische Selbstverständlichkeiten wirkt heute rührend), es raffte sich immer wieder auf. Erst dann kam Stalingrad.

* * *

Wie Russland vom neuen EU-Lateinamerika-Abkommen profitieren könnte

<https://dert.site/meinung/228960-wie-groesste-abkommen-zwischen-eu/>

10.12.2024

Bei der Feier zur Restaurierung von Notre-Dame fehlte die EU-Chefin Ursula von der Leyen. Der Grund: ein umstrittenes Abkommen, das Frankreich schadet, aber Russland neue Gewinne verspricht. Was steckt hinter dem Deal, und warum fühlen sich die Franzosen von der EU verraten?

Von Waleria Werbinina

Am Freitag hat die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in der uruguayischen Hauptstadt Montevideo ein Abkommen zur Schaffung der größten Freihandelszone der Welt unterzeichnet. Diese soll 700 Millionen Verbraucher aus der EU und einem Teil der südamerikanischen Länder, die zum sogenannten Mercosur gehören (Argentinien, Brasilien, Venezuela, Paraguay und Uruguay), vereinen.

Die Verhandlungen darüber laufen schon seit langem. Die Unterzeichnung des Abkommens erfolgte jedoch im Eiltempo, schlug ein wie ein Blitz und überraschte einige Länder, die das Abkommen als für sie nachteilig ablehnten.

Frankreich hat sich an die Spitze der Proteste gestellt. Fast alle lokalen Politiker sprachen sich gegen das Abkommen aus, und als sie erfuhren, dass es unterzeichnet worden war, zögerten sie

nicht, sich öffentlich zu äußern. Französische Medien zitieren:

"Verrat" und "Dolchstoß in den Rücken".

Die Zeitung *Le Figaro* berichtete:

"Frankreich kämpft weiterhin mit allen Mitteln gegen dieses Freihandelsabkommen, das als Bedrohung für seine Lebensmittel- und Agrarsicherheit angesehen wird."

Frankreichs seit kurzem im Amt befindliche Handelsministerin Sophie Primas versuchte, die Öffentlichkeit zu beruhigen, indem sie sagte: "Heute ist nicht das Ende der Geschichte." Sie erinnerte daran, dass das Abkommen noch von den EU-Ländern ratifiziert werden müsse. Um es zu blockieren, müssen sich mindestens vier der 27 EU-Mitgliedsstaaten dagegen aussprechen, die immerhin mindestens 35 Prozent der Bevölkerung repräsentieren müssen.

Neben Frankreich sind in dieser Hinsicht vor allem die Positionen Italiens und Polens interessant, aber da beide Länder von EU-Subventionen abhängig sind, wäre es voreilig, von ihren Behörden zu erwarten, dass von ihnen mehr als nur halbherziger Protest kommt. Deshalb ist die Formulierung "im Rahmen ihrer Möglichkeiten" in dem Artikel von *Le Figaro* so wichtig: Der Wille zum Kampf ist da, aber um die Möglichkeiten ist es schlecht bestellt.

In Frankreich gibt es auch Stimmen, die behaupten, dass das Abkommen vor allem für die Deutschen vorteilhaft sei und dass Ursula von der Leyen in deren Interesse handle, da sie einen riesigen lateinamerikanischen Markt für den Verkauf ihrer Autos erhalte. Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender der Partei "Unbeugsames Frankreich", schrieb:

"Die deutsche Regierung ist erfreut über von der Leyens Kunststück [...] Frankreich wurde auf dem Dampfer der Geschichte über Bord geworfen."

Und Jordan Bardella, Vorsitzender der Partei "Rassemblement National", erinnerte daran, dass Frankreich ein Einlenken erzwingen konnte, weil es "über ein Druckmittel verfügt – das sofortige Einfrieren der Mittel, die wir an den europäischen Haushalt überweisen. Es liegt nun allein am Präsidenten, ob er Frankreich dazu bringen kann, unsere Landwirtschaft zu respektieren und zu schützen."

Ursula von der Leyen sollte am Samstag zusammen mit anderen Würdenträgern an der Einweihung der Kathedrale Notre-Dame de Paris teilnehmen, die nach dem Brand wiederaufgebaut wurde, aber anscheinend wurde es so hitzig, dass sie klarmachte, dass sie nicht teilnehmen wird.

Mit Trump an der Macht, der offensichtlich einen Handelskrieg gegen die EU führen will, wird die Frage nach neuen Märkten für Europa zu einem Schlüsselthema. Das ist einer der Gründe, warum das Abkommen, über das seit 1999 verhandelt wurde, plötzlich ein Happy End gefunden hat.

Aber es gibt Fallstricke: Niemand in unserer Welt gibt seine Märkte umsonst auf. Mit anderen Worten, es funktioniert nach dem Motto: "Ihr lasst unsere Waren rein und wir lassen eure rein." Und wenn es sich um identische Waren handelt und die Produktionskosten auf der einen Seite um ein Vielfaches niedriger sind, ist es klar, dass am Ende derjenige gewinnt, dessen Waren billiger sind.

Einer der wenigen, die es wagten, sich für das Abkommen auszusprechen, war Jean-Luc Demarty, der bis 2019 an der Ausarbeitung des Rahmens und der Vorschriften für das Abkommen beteiligt war. Ihm zufolge "werden die europäischen Unternehmen nicht mehr vier Milliarden pro Jahr für Zölle ausgeben müssen [...] Die einzige wirkliche Schwierigkeit ist der Schutz der empfindlichsten

landwirtschaftlichen Erzeugnisse, zu denen Rindfleisch, Geflügel und Zucker gehören – für die erhebliche Vorkehrungen getroffen wurden."

Demarty hielt den Angriffen entgegen und stellte fest, dass die französische politische Klasse "unfähig ist, die französischen Interessen mittel- und langfristig zu verstehen". Seiner Meinung nach liegt die wahre Ursache für die Probleme der französischen Landwirtschaft "in der unbefriedigenden französischen Politik, die nicht in der Lage ist, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte in Europa zu gewährleisten". Demarty fügte hinzu:

"Die politische Klasse hat den Mercosur ins Visier genommen, um nicht über ihre eigene Verantwortung und die wirklichen Probleme sprechen zu müssen."

Allerdings gibt es Gerüchte, dass landwirtschaftliche Produkte aus lateinamerikanischen Ländern praktisch über Quoten importiert werden sollen. So wird der Anteil von Rindfleisch beispielsweise nur noch 1,6 Prozent betragen und Zucker sogar noch weniger, doch die europäischen Landwirte sind nervös, denn de facto ist der gesamte heimische Markt längst aufgeteilt und es gibt keine freien Plätze mehr. Wohin also mit den eigenen, überflüssig gewordenen Produkten? Was wird mit den Menschen geschehen, die zurückbleiben werden? Sie werden natürlich nicht glücklich über diese Entwicklung sein, was unweigerlich zu sozialen Spannungen führen wird.

Frankreich zum Beispiel ist der führende europäische Zuckerproduzent, aber bereits in der Saison 2023-2024 sind seine Ausfuhren um mehr als drei Prozent zurückgegangen, weil es mit dem ukrainischen Zucker konkurriert, der zum EU-Markt zugelassen ist. Ja, in dieser Zeit sind die französischen Erzeuger fast auf Belgien ausgewichen, das als Umschlagplatz für weitere Lieferungen in Länder der Dritten Welt genutzt wird. Vor allem die Lieferungen in afrikanische Staaten wie Mauretanien, Ghana und Guinea haben zugenommen.

Aber auch wenn es sich bei Zucker um ein spezifisches Produkt handelt, da es derzeit weltweit keine Überproduktion gibt und die Preise recht hoch sind (mehr als 800 Euro pro Tonne), macht das Auftauchen von lateinamerikanischem Zucker die französischen Erzeuger nervös. Sie befürchten, dass sie ihre Positionen in Spanien, Italien und Portugal aufgeben müssen, wo noch etwa ein Drittel des Zuckers aus Frankreich stammt.

Die Franzosen sind auch besorgt über die Aussichten für den Maisanbau: Wenn Brasilien seine Anbauflächen ausweitet, könnte sich deren Zahl in Europa nach französischen Berechnungen um 600.000 Hektar verringern. Und Frankreich ist unter den EU-Ländern der Hauptlieferant von Mais für den Export.

Jeder weiß, dass es nicht ausreicht, in einen Markt einzutreten, sondern dass man dort Fuß fassen und seine Position unermüdlich ausbauen muss. Es gibt keinen Grund für die Mercosur-Länder, ihren Eintritt in die EU-Märkte als unrentabel zu betrachten, und wenn dies der Fall ist, werden sie alle Mittel einsetzen, um ihre Produktion auszuweiten, Investitionen anzuziehen und eine Erhöhung der Quoten anzustreben.

Für Russland dürften sich neue Möglichkeiten für den Handel mit Düngemitteln sowie für rentable Investitionen in die Landwirtschaft der Mercosur-Länder eröffnen, die unweigerlich zunehmen werden. Es ist bekannt, dass Russland in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 9,2 Millionen Tonnen Düngemittel nach Brasilien verkauft hat, gegenüber 7,8 Millionen Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Zahlen vor dem Hintergrund eines zehnjährigen Ausfuhrzolls und von zum Schutz des Inlandsmarktes eingeführten Ausfuhrquoten zu sehen sind.

Selbst die französische Presse hält es nicht für nötig, die Tatsache zu verschweigen, dass die EU-Agrarwirtschaft nur noch ein Faustpfand in einem gigantischen Geschäft ist, bei dem es jährlich um 40 bis 45 Milliarden Euro gehen wird.

Der Prognose zufolge könnten die Ausfuhren von Autos und Ersatzteilen aus der EU um 114 Prozent, die von pharmazeutischen und chemischen Erzeugnissen um 47 Prozent und die von Bekleidung und Textilien um 424 Prozent steigen (im günstigsten Szenario, wie unterstrichen). Warum sollten für einen solchen Erfolg nicht einige der lokalen Fleisch- und Zuckerproduzenten geopfert werden?

Zumal man sich in Frankreich sehr wohl bewusst ist, dass die Landwirtschaft, wie sie in der EU existiert, größtenteils höchst unrentabel ist und nur durch Subventionen überleben kann. So sehr die einheimischen Erzeuger auch darauf pochen, dass das Fleisch aus Brasilien nicht den EU-Standards entspricht und der Mais dort mithilfe von in Europa verbotenen Herbiziden angebaut wird, so wenig finden diese Klagen bei den Franzosen Gehör.

Und einige Bürger, wie der Kommentator des *Le Figaro*-Artikels, erlauben sich sogar riskante Witze:

"Kurz gesagt, die Konsequenz des Abkommens wird sein, dass jetzt drei Prozent der tiefgekühlten Lasagne mit brasilianischem Rindfleisch hergestellt wird, während es vorher 100 Prozent rumänisches Pferd war."

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 8. Dezember 2024 zuerst auf der Webseite der Zeitung Wsgljad erschienen.

Waleria Werbinina ist eine russische Journalistin, Theaterkritikerin und Schriftstellerin. Sie machte ihren Abschluss an der Staatlichen Linguistischen Universität Moskau.

* * *

Zweimal "Nürnberg"

<https://dert.site/meinung/228976-zweimal-nuernberg/>

11.12.2024

Die Darstellung der Nazi-Verbrechen und deren Aufarbeitung in der Populärkultur ist ein schwieriges, aber notwendiges Unterfangen. Zwei Versuche zeigen, wo die Fallstricke liegen.

Von Astrid Sigena

Nürnberg 1945, der Krieg ist zu Ende, die Stadt bis auf die Grundmauern zerstört, Bayern von US-amerikanischen Truppen besetzt: Die junge Lilli hat es nicht leicht. Sie muss ganz allein für das Auskommen der ihr verbliebenen Familie sorgen. Der Vater ist gefallen, die Mutter – eine NSDAPlerin – trauert verbiestert dem Dritten Reich nach und der Bruder laboriert an einer Kriegsverletzung. Kein Wunder, dass Lilli Entspannung von all dem Stress braucht und zusammen mit einer Freundin den Silvesterball im Grand Hotel (dem Hauptquartier der US-Amerikaner in Nürnberg) besucht.

Dort verliebt sie sich in den US-Journalisten Will, der als Korrespondent die Nürnberger Prozesse begleiten soll. Auch Will hat sein Päckchen mit sich herumzuschleppen, er leidet an Kriegstraumata. Schaffen es die beiden, ihre Liebe trotz aller Widerstände zu retten? So der Plot eines Musicals, das derzeit in Nürnberg aufgeführt wird, mit Anleihen aus der Nürnberger

Geschichte.

Die Hauptfigur Lilli geht also wie viele junge deutsche Frauen eine Beziehung mit einem US-Amerikaner ein, sei es aus Liebe (wie auch im Musical), sei es aus – der Not im Nachkriegsdeutschland geschuldeten - materiellen Beweggründen. Wenn es schlecht lief, endeten diese Frauen als Prostituierte, wenn es gut lief, gelangten sie als Importbräute in die USA, das gelobte Land.

In der Vorstellungswelt von Lillis verbitterter Mutter Irmgard wäre Lilli wohl ein "Ami-Liebchen" zu nennen. Die Macher des Musicals sehen in ihrem Werk nach eigenen Angaben ein Versöhnungsstück, das dem Brückenbau dienen und den 80. Jahrestag der Nürnberger Prozesse feiern solle, der 2025 begangen wird. Klingt nach Friede, Freude, Eierkuchen, Westbindung plus fetziger Ami-Musik.

Das Musical hat offenbar den Segen der Stadtoberen, denn der Historiker Alexander Kolb vom Museum Memorium Nürnberger Prozesse hat den Entstehungsprozess begleitet und die Macher in puncto historischer Authentizität beraten. Anscheinend ist das Museum mit dem Ergebnis zufrieden, denn es bewirbt das Musical auf seiner FB-Seite. Man springt in Nürnberg sogar auf den Zug auf und bietet – passend zum Musical – als Veranstaltung des Vereins "Stadtmusical" eine Führung durch den Saal 600 an.

Rüdiger Heinze, dem Rezensenten der *Augsburger Allgemeinen*, scheint die Verwertung des Nürnberger Tribunals in Form einer Schmonzette mit stereotypem Personal wohl nicht geheuer, denn er schreibt:

"Sie (die Mutter) wird wohl nichts mehr dazu lernen. Sie gehört zum Dunklen von 'Nuremberg'45', Lillis finaler Abflug nach New York mit Will aber zum Hellen. Neue Welt, neues Leben. Goldig."

Natürlich will man es sich beim Nürnberger Stadtmusical nicht verwehren, dem Singspiel am Schluss auch noch einen Schuss Aktualisierung beizumischen. Laut *Augsburger Allgemeinen* legen Regisseurin Silvia Ferstl, Produzent Christoph Ackermann und Komponist Philipp Polzin dem US-Chef-Ankläger folgende Suada in den Mund:

"Die Nürnberger Prozesse wurden zum Wendepunkt der Rechtsgeschichte. Zum ersten Mal gab es einen rechtsstaatlichen internationalen Strafprozess. Erst 2002, mehr als 50 Jahre später, nimmt das Internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag seine Arbeit auf und setzt das Erbe von Nürnberg fort. Vor Gericht stehen die Verantwortlichen für das Massaker von Srebrenica, den Völkermord in Ruanda und in Zukunft die Mörder von Butscha."

Es ist wohl nicht abwegig zu vermuten, dass dies ein Tritt ans Schienbein der Russen sein soll, denen die Verantwortung für die Toten von Butscha unterstellt wird.

Vor einigen Jahren machten sich bereits die Russen daran, ihre Sicht auf die Nürnberger Prozesse filmisch zu verarbeiten. Als Vorlage wählte man den Roman "Für immer und ewig" des Schriftstellers Alexander Swjaginzew. Daraus erwachsen ist unter der Regie von Nikolaj Lebedjew der Kinofilm "Нюрнберґ", der im Februar 2023 in die russischen Kinos kam.

Die Handlung ist schnell erzählt: Der Leningrader, Igor Wolgin, ein tapferer Soldat der Militäraufklärung, wird aufgrund seiner Deutschkenntnisse von seinen Vorgesetzten nach Nürnberg versetzt, um die sowjetische Delegation beim Internationalen Tribunal zu unterstützen. Dieser

Auftrag kommt ihm nicht ungelegen, denn er sucht seinen verschollenen Bruder, einen Maler, der als Zwangsarbeiter verschleppt wurde und dessen Spur sich 1942 in Nürnberg verliert.

Wolgin wird schnell klar, dass unheimliche Dinge vor sich gehen: Es gibt einen Nazi-Untergrund, der weiterhin sein Unwesen treibt und die Nürnberger Prozesse durch die Ermordung des sowjetischen Hauptzeugen, Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, sabotieren will. Außerdem argwöhnt die sowjetische Delegation nach und nach, dass auch den vermeintlichen US-Verbündeten nicht recht zu trauen ist. Zusätzlich muss sich Wolgin mit einem Verräter innerhalb der sowjetischen Delegation herumschlagen.

Und natürlich darf auch in diesem Werk die unvermeidliche Liebesgeschichte nicht fehlen. Wolgin verliebt sich in seine Landsmännin Lena, die – wie sein Bruder - als Zwangsarbeiterin nach Deutschland verschleppt worden war, nun aber als Zuträgerin für den SS-Offizier Helmut Hammer arbeitet. Leider gerät dadurch, und vor allem durch die sich unerträglich in die Länge ziehenden Action-Szenen (sie können einen wirklich anöden und sind auch dem Ernst des Themas nicht angemessen) der eigentliche Hauptantrieb der Figur Wolgin, nämlich die Suche nach dem Bruder, in den Hintergrund. Erst am Schluss des Films (Nazis besiegt, Nürnberger Prozesse gerettet, Lena bekehrt und Liebespaar vereint) wird das traurige Schicksal des Bruders aufgedeckt und noch schnell an die Handlung angeklatscht.

Warum ich die Handlung von "Нюрнбер" so ausführlich geschildert habe? Nun, wenn Sie in der BRD wohnen, werden Sie kaum in den Genuss kommen, den Film anschauen zu können. Von Anfang an hing ihm ein schlechter Leumund an: Er sei ein putinistisches Propaganda-Machwerk, da mit russischen Staatsgeldern finanziert. Deshalb fand er keinen Verleih. Und es gibt ihn auch nicht auf DVD. Und vergessen Sie's bitte gleich: auch die Buchvorlage wurde natürlich nicht ins Deutsche übersetzt. Gelegentlich findet sich eine Friedensinitiative oder Orts- oder Landesverbände der alternativen Partei "Die Basis" wie in Bremen oder in Koblenz, die mutig dem zu erwartenden öffentlichen Aufruhr widersteht und den Film in der deutschen Vertonung zeigt, oft mit Unterstützung der Botschaft der Russischen Föderation.

Bei den Feinden dieses Films bildete sich im Fall Koblenz vor Empörung regelrecht Schaum vor dem Mund: Sogar von Antisemitismus war die Rede (weil es in dem Film nicht explizit um den Holocaust geht, sondern generell um Gerechtigkeit für die Opfer des Nationalsozialismus – die ja auch Slawen, Kommunisten, sogenannte "Zigeuner", Behinderte und psychisch Kranke und weitere Opfergruppen umfassten). Die Organisatoren der Koblenzer Aufführung durften sich sogar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als "Putin-Versteher" verunglimpfen lassen, *FAZ*-Autorin Yelizaveta Landenberger verstieg sich zu dem Ausdruck "Kreml-Komplott". Eine Filmaufführung als Verschwörung?! Im Gegensatz zum launigen Musical "Nuremberg'45" soll "Нюрнбер" keinen Fuß auf den Boden der deutschen Erinnerungskultur bekommen.

Nun sind die Nürnberger Prozesse ein geschichtlich heikles Thema: Den einen gingen sie nicht weit genug, die anderen wiederum sprechen von "Siegerjustiz" und davon, dass die Kriegsverbrechen der Alliierten außen vor gelassen worden seien. Von russischer Seite wird betont, dass die US-Amerikaner schon bald in die NS-Verbrechen verstrickte Personen für ihre eigenen Zwecke gebrauchten und an einer Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen nicht mehr interessiert gewesen seien. Es sei vor allem das Verdienst der Sowjetunion gewesen, dass es zu den Urteilen von Nürnberg gekommen sei. Ein Thema, das man in einem Kinofilm nur anschnitten kann, für ein Musical ist es von vornherein zu komplex.

Besonders bitter: Der Aufführungszeitraum des Musicals fällt in die Zeit zwischen den Jahren 2024/2025, eine Zeit, in der man in Nürnberg vielmehr in Stille und Besinnung der Auslöschung des mittelalterlichen Stadtkerns bei der katastrophalen Bombardierung vom 2. Januar 1945

gedenken sollte. Nürnberg war danach ebenso eine Trümmerwüste wie einen Monat später Dresden oder seit dem Spätsommer 1944 das damals noch deutsche Königsberg. Nur dem glücklichen Zufall einer frühen Luftwarnung und einer stabilen mittelalterlichen Unterkellerung war es zu verdanken, dass die Zahl der Toten "nur" die Zahl von 1835 Opfern erreichte, nicht – wie in Dresden – Zehntausende. "Des Reiches Schatzkästlein" – wie Nürnberg liebevoll genannt wurde – existierte nicht mehr.

Der Fairness halber muss man hinzufügen, dass die Katastrophe vom Januar 1945 der britischen RAF zu verdanken ist; allerdings ist zu vermerken, dass auch die USAAF neben legitimen militärischen Zielen wie Bahnhöfen oder Rüstungsfabriken auch Wohngebiete bombardierte, so noch am 5. April 1945 die Wohngebiete der Südstadt. Bereits am 3. Oktober 1944 war die nördliche Altstadt durch die Bombardierung der US-amerikanischen Luftwaffe schwer getroffen worden – 353 Tote.

Auch wenn Deutschland den USA den Krieg erklärt hat – sollte man den in einer Trümmerwüste lebenden Nürnbergern nicht ein gewisses Recht auf Verbitterung zugestehen? Eine Zeit für die Trauer um die Opfer? Zeit, um den Schockzustand Nürnbergs zu überwinden, sich im "Führer" und seinem Traum vom "1000-jährigen Reich" voller Verblendung getäuscht zu haben und nun als Namensgeberin der Nürnberger Gesetze und Gastgeberin der Reichsparteitage verheerend gebrandmarkt zu sein?

Aber nein, wir kippen lieber eine Klamauk-Soße von Liebe und US-amerikanischer Guter-Laune-Musik darüber. Das Musical lässt weder den zeitgenössischen (wie die Figur der Mutter Irmgard zeigt) noch den heutigen Nürnbergern Raum für Trauer und Besinnung. Am besten Tod, Zerstörung und Schuld rasch vergessen, möglichst schnell in die goldene Zukunft im Bündnis mit den US-Amerikanern! Wer da nicht mithält, ist ein Ewiggestriger."

Der russische Film ist übrigens gerechter zu den Nürnbergern: Er gesteht ihnen ihren Schockzustand zu, ihre Verbitterung, aber auch die Möglichkeit zur Wandlung. Deutlich wird das an Wolgins Nürnberger Vermieterin, einer älteren Dame, deren Sohn in Stalingrad gefallen ist: Aus tiefem Hass heraus vernichtet sie heimlich die Zettel, die der Russe auf der Suche nach seinem Bruder aushängt. Später jedoch, als Wolgin in Gefahr ist, kann sie sich dazu aufraffen, ihm diese Gemeinheit zu gestehen.

Auch die (historisch wohl nicht korrekte) Szene, wie eine Marlene Dietrich nachempfundene Sängerin im zerbombten Nürnberg unter freiem Himmel auftreten will und von der erbitterten Bevölkerung erbarmungslos ausgebuht wird, ist eine Perle innerhalb des insgesamt doch eher zweitklassigen Films. Nicht zu vergessen, die Furcht der teils antifaschistisch gebliebenen Nürnberger Arbeiterbevölkerung, die immer noch von den Nazis eingeschüchtert ist. Eine Merkwürdigkeit des Films ist, dass die Nürnberger Nebenfiguren viel lebendiger, weniger stereotyp wirken als die russischen Hauptfiguren.

Man kann nur hoffen, dass das Musical bald tief in den Katakomben der Stadtgeschichte Nürnbergs verschwindet. Nürnberg hat schon viel ertragen, es wird auch dieses Musical überstehen. Und je eher "Nuremberg'45" in Vergessenheit gerät, desto besser.

Für den russischen Nürnberg-Film gibt es allerdings noch Hoffnung, dass er trotz aller Schwächen in die Filmgeschichte eingehen wird: durch den Widerstand gegen seine Aufführung in Deutschland wird er selbst wiederum zum Fanal, zum Symbol für die Meinungsfreiheit.

* * *

Münchener Staatsanwalt im antideutschen Rausch: Hausdurchsuchung für "Alles für Deutschland"-Hashtag

<https://dert.site/meinung/229259-muenchener-staatsanwalt-im-antideutschen-rausch/>

12.12.2024

Vielleicht wird das mal eine lustige Fußnote in der bayrischen Justizgeschichte, die Nikolausdurchsuchung bei einem Vierzehnjährigen, wegen eines Stichworts auf TikTok. Aber dafür müsste erst dieser ganze Unfug, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen, ein Ende finden.

Von Dagmar Henn

Nein, in manchen Momenten weiß man nicht mehr, was man dazu noch sagen soll. Zu dieser Hausdurchsuchung bei einem 14-jährigen zum Beispiel, weil er, so wohl die Begründung der Staatsanwaltschaft München im Durchsuchungsbefehl, auf seinem TikTok-Kanal den Hashtag "Alles für Deutschland" verwendet hat.

Man weiß gar nicht, wo man da anfangen soll. Ja, es gab diesen Prozess gegen Björn Höcke wegen dieser Losung, in dem das Gericht feststellte, es handele sich um eine verbotene Parole der SA. Allerdings ist das eine ziemlich klandestin verbotene Parole. Damals wurde argumentiert, Höcke hätte, als studierter Geschichtslehrer für Gynnasien, das wissen müssen.

Allerdings – ich unterstelle, doch ein leicht überdurchschnittliches Wissen über den Hitlerfaschismus zu besitzen. Selbst in Bezug auf die SA und deren "linken" Flügel. Schätzungsweise auch über dem Wissen eines deutschen Geschichtslehrers. Und dennoch war mir diese Parole nie über den Weg gelaufen. Nicht in Dokumenten, auf Fotos, aber auch nicht in Literatur über die Zeit.

Das hat ein klein wenig damit zu tun, dass die SA schließlich im Jahr 1934 als Machtfaktor eliminiert wurde, einschließlich der Ermordung ihrer Führung im sogenannten "Röhm-Putsch". Was auch bedeutet, dass in den folgenden elf Jahren der Naziherrschaft ideologische Fragmente aus der SA nicht mehr präsent waren; was später dominierte, kam eher aus der SS. Logischerweise hatten die Sieger dieser politischen Auseinandersetzung kein Interesse daran, Dokumente über die Unterlegenen aufzubewahren, weshalb in jeder Form der Darstellung die SA gerade noch als uniformierte Prügeltruppe auftaucht.

Woher also sollte ein 14-Jähriger das wissen? Das Urteil gegen Höcke, nur so als kleines Schmuckstück, ist noch nicht rechtskräftig, weil die Verteidigung Revision einlegte, und erging erst am 14. Mai dieses Jahres, also fast ein halbes Jahr, nachdem besagter 14-Jähriger die Losung verwendet hatte.

Aber es gibt noch ein Detail, das die ganze Geschichte noch weitaus absurder macht. Ein Jugendlicher, der jetzt, Mitte Dezember 2024, 14 Jahre alt ist, kann im November 2023 noch keine 14 gewesen sein, sondern war erst höchstens 13. Und was sagt das deutsche Strafrecht über Strafmündigkeit? Sie beginnt mit 14. Keinen Tag vor dem 14. Geburtstag. Was eigentlich, mit absoluter Eindeutigkeit, besagt, dass ihm eine Handlung im November 2023 strafrechtlich nicht vorgehalten werden kann. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass dieses Vorgehen auch bezogen auf die Vorgaben des Jugendstrafrechts, also wenn er zum Tatzeitpunkt 14 gewesen wäre, fragwürdig wäre.

Man könnte glauben, die Staatsanwaltschaft München hätte nichts Besseres zu tun. Sätze bereits seit Wochen tatenlos und verzweifelt in ihren Büros in der Linrun- oder der Arnulfstraße, sämtliche

Bleistifte wären schon im elektrischen Bleistiftspitzer zu nutzlosen Stummeln verarbeitet worden, die Schreibtischoberflächen mit aus Büroklammern gebogenen Skulpturen dekoriert, und in den Antistatikmatten unter den Schreibtischen hätte das gelangweilte Vor- und Zurückrücken der Drehstühle bereits tiefe Rillen hinterlassen, weil weit und breit kein verfolgbares Delikt zu finden war. Und dann hätte sich die Düsternis gelichtet, hereinschneite ein Ermittlungsverfahren wegen eines Hashtags auf TikTok, und die anwesenden Staatsanwälte begannen sogleich mit einer Runde Strip-Poker, um zu klären, wer diesen kostbaren Fall behandeln dürfte.

Da kann man es dann schon verstehen, wenn der zuständige Bearbeiter bei solchen Details wie der Strafmündigkeit ein wenig schlampt. Einfach hingerissen von der Begeisterung.

Mal ernsthaft, es ist mitnichten so, als gäbe es sonst nichts zu tun. München ist eine Großstadt; noch dazu eine, in der die Polizei notorisch unterbesetzt ist, weil die Einkommen im einfachen Polizeidienst für eine Wohnung in München nicht reichen, und schon seit ewigen Zeiten Polizisten für die Münchner Dienststellen zwangsverpflichtet werden. Fünf Jahre müssen sie in München runterreißen, dann dürfen sie an einen anderen Ort, wo sie vielleicht vernünftig leben können. Oder so vernünftig, wie das mit Wechselschichten möglich ist.

Von dieser knappen Ressource werden also gleich mehrere über einen Zeitraum von mindestens einer Stunde (ich schätze mal drei) von vernünftigen Tätigkeiten abgezogen, um das Zimmer eines Vierzehnjährigen zu erobern und zu durchsuchen, der eigentlich, in Ermangelung von Strafmündigkeit zum Tatzeitpunkt, gar nicht belangt werden dürfte. Wegen eines Propagandadelikts, dessen ganze Konstruktion fragwürdig bleibt, selbst wenn er besagte Parole tatsächlich verwendet hat. Ganz zu schweigen davon, dass im Falle einer Durchsuchung bei einem Minderjährigen eigentlich auch das Jugendamt verständigt werden muss, um die Rechte des Jugendlichen bei dieser Durchsuchung angemessen zu wahren. Aufgepasst, Herr Staatsanwalt?

Nun, gehen wir noch einen Schritt weiter. Was meint eigentlich der Chef der Staatsanwaltschaft München, Bayerns Justizminister Georg Eisenreich (CSU) dazu? Hält er es für angemessen, vor der Strafmündigkeit begangene Propagandadelikte mit einer derartigen Vergeudung öffentlicher Mittel zu verfolgen? Hat die Staatsanwaltschaft München in diesem Fall Rücksprache gehalten, oder hat sie diese skandalöse Durchsuchung eigenständig veranlasst? Im letzteren Fall schätze ich, ein Münchner Staatsanwalt hat gerade seine Karriere – zumindest seine Karriere in Bayern in die Tonne getreten.

Schließlich wird der Freistaat von einer Koalition regiert. Einer Koalition aus CSU und Freien Wählern. In ebendieser Koalition sitzt auch Hubert Aiwanger von den Freien Wählern, als Partei- und Fraktionsvorsitzender und als Staatsminister für Wirtschaft. Ebendieser Hubert Aiwanger war im letzten Landtagswahlkampf das Ziel einer Kampagne der *Süddeutschen*, weil er als Jugendlicher von seinem Bruder verfasste Flugblätter in der Schultasche hatte, was als Grundlage diente, um Aiwanger Nazi-Sympathien vorzuwerfen. Die ganze Geschichte ging Gott sei Dank nach hinten los, weil – im Gegensatz zu den Erwartungen der einst ehrenwerten Süddeutschen – doch noch viele Bürger es unangemessen fanden, Handlungen, die damals nicht einmal zu einem Strafverfahren führten, Jahrzehnte später derart aufzubauschen.

Was also wird Hubert Aiwanger von dieser Hausdurchsuchung halten, und was wird er diesbezüglich mit seinem Kabinettskollegen Eisenreich besprechen? Wenn er sich auch nur halbwegs in die Lage des Betroffenen einfühlen kann, könnte man davon ausgehen, dass die Staatsanwaltschaft München angewiesen wird, das Verfahren einzustellen.

Wer weiß, vielleicht besitzt die Staatsanwaltschaft München eine Glaskugel, hat sich bei Sichtung dieses gar erschrecklichen Falles an die Sache Aiwanger erinnert, dann die Glaskugel befragt und

die Auskunft erhalten, der Knabe könnte künftig irgendwann bayrischer Minister werden, und deshalb beschlossen, heute schon zur Verhinderung dieser künftigen Karriere zumindest für einige Akten zu sorgen.

Wobei, mal abgesehen von den wirklich rätselhaften Umständen dieser Durchsuchung (denen man noch hinzufügen müsste, dass der Betroffene, sofern ich nicht zu dumm war, auf TikTok richtig zu suchen, bei seinen Videos ausgerechnet russische Hintergrundmusik verwendet, die ganze Affäre also auch noch eine russophobe Komponente haben könnte) nicht vergessen darf, dass es noch weit schwerwiegendere Gründe gäbe, derartige Verfahren ein- für allemal zu vergessen.

Wie war das noch mit Bundeskanzler Scholz und "Slawa Ukraini"? Eine Losung, die nach der bekanntesten aller Naziparolen gebaut wurde, Heil Hitler, die von den ukrainischen Nazis nach 2014 genauso eingesetzt wurde wie Heil Hitler von den Nazis, und die – im Gegensatz übrigens zu SA-Parolen – nicht gewissermaßen im Vorlauf des Hitlerfaschismus in Gebrauch war, sondern zum Beispiel bei einem der schlimmsten Pogrome, in der Ukraine, in Lwow, genau der Stadt, in der heute große Statuen des ukrainischen Faschistenführers Stepan Bandera stehen, weil es dort eben keine jüdische und keine polnische Bevölkerung mehr gibt.

Und das ist jetzt nur ein Beispiel. Die ganze Berichterstattung über Russland klingt, als wären die Autoren bei Julius Streicher in die Lehre gegangen. Da werden Karikaturen verbreitet, die auch im Stürmer hätten erscheinen können, da werden rote Teppiche für richtige authentische Nazis ausgerollt (nicht nur im kanadischen Parlament), da werden Nazisymbole gleich im Dutzend übersehen, nur bei den ukrainischen Soldaten, die in Deutschland ausgebildet werden sollen, achtet man inzwischen darauf, dass sie nicht voller tätowierter Hakenkreuze eintreffen.

Das ist die eine Seite. Wer sich mit Faschisten ins Bett legt, hat eigentlich jedes moralische Recht verloren, derartige Vorwürfe zu erheben, wie sie in diesem Verfahren erhoben werden. Was ist denn ein Hashtag auf einem kleinen TikTok-Kanal im Verhältnis zur innigen Buhlschaft der Bundesregierung mit richtigen Nazis?

Ja, und dann gibt es noch eine andere Seite. Denn eines kann man nicht leugnen: Diese Regierung regiert gegen Deutschland. Gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung. Sie handelt im Interesse einer fremden Macht, sie und die große Mehrheit des politischen Personals, und ist sogar bereit, das Land im Interesse dieser fremden Macht in einen Krieg gegen Russland zu stürzen.

Und damit verändert sich sogar die Bedeutung dieser Losung. Weil das politische Handeln derzeit dem genauen Gegenteil folgt: alles gegen Deutschland.

Das ist auf der politischen Ebene der wahre Grund, warum diese Losung verfolgt wird. Der Nazi-Vorwurf ist dünn, denn es gibt ganz andere Losungen, die immer noch ausgesprochen werden, als seien sie unschuldig, obwohl sie mit den wirklich großen Verbrechen verbunden sind. "Jedem das Seine" beispielsweise. Die Formulierung ist nicht aus der deutschen Sprache verschwunden, und wird auch nur unter bestimmten Umständen verfolgt, obwohl sie mit dem ganz großen Verbrechen Auschwitz verbunden ist.

Nein, es geht nicht um einen historischen Bezug. Es geht um Deutschland heute und darum, dass nationales Interesse nicht einmal mehr gedacht werden soll. Nicht anders, als in der ganzen politischen Szenerie selbst, wo die einen als Nazis beschimpft werden, von genau jenen anderen, die wie die Nazis handeln.

Wenn sich da ein Dreizehnjähriger nicht zurechtfindet, ist ihm daraus kein Vorwurf zu machen. Wer aber mehr als einen Vorwurf verdient hat, ist die Staatsanwaltschaft München, die offenkundig die

Frage der Strafmündigkeit ignoriert hat, mit Steuergeldern bezahlte Arbeitszeit für Pillepalle verschwendet und unübersehbar keine Vorstellung mehr hat, wodurch das öffentliche Interesse an einer Strafverfolgung begründet ist. Der Staatsanwalt, der diese Durchsuchung unterschrieben hat, sollte sich bald eine Stelle in der freien Wirtschaft suchen müssen. Er kann dann ja bei *Correctiv* nachfragen, ob sie jemanden brauchen, der sie vertritt.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im Dezember 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.